

Protokoll der Videokonferenz vom 06.07.2020

Name	Referat	Anwesend	Entschuldigt
Kern-AStA:			
Barany, Andrea	Öffi		X
Beck, Ellen	Öffi, HoPo	X	
Becker, Desiree	Finanzen, AntiFa & AntiDis	X	
Bianucci, David	Koordination	X	
Bruns, Lea	Personal, Kultur	via Jitsi	
Fritsch, Marvin	Öko & Klima		
Grebe, Justus	Layout & Design		X
Green, Emely	Öffi, Kultur		X
Heidtke, Jakob	PolBil	X	
Heinz, Daniel	Hilfskräfte		
Hrosul, Paul	PolBil		
Krause, Arne	Finanzen, HoPo, Öko & Klima	X	
Mirolld-Stroh, Fabian	Personal, V&I	X	
Müller, Sophie	Öffi	X	
Peper, Frederik	Layout & Design	via Jitsi	
Peter, Sven	Hilfskräfte		
Pröve, Peer	Koordination, HoPo	X	
Regele, Julia	Öko & Klima		X
Rühl, Adrian	AntiFa & AntiDis		
Ruhland, Patricia	AntiFa & AntiDis, WoSo		X
Schmidt, Lena-Johanna	V&I	via Jitsi	
Schwager, Hanna	Kultur		
Seiffert, Lino	DSL		
Tauche, Henning	Hilfskräfte	via Jitsi	
Yasar, Habib	WoSo	X	
Zobi, Younis	WoSo, AntiFa & AntiDis	X	
Zörb, Michel	HoPo, DSL, V&I		X

Autonome Referate:

	AB*ST*QR	
	AFR	
	QFFR	Henny
	ABeR	
	ASV	

Sonstige:

	Fachschafftenkonferenz	Sebastian
	Gäste	Kristin Hügelschäfer

Beschlussfähigkeit: Gegeben
Protokollant*in: Peer Pröve
Redeleitung: David Bianucci

Tagesordnung:

-
1. Begrüßung und Feststellung der Anwesenheit 3
 2. Weitere Gestaltung der AStA-Sitzungen 3
 3. Protokoll der letzten Sitzung 3
 4. Gäste 4
 5. Berichte 4
 6. Anträge 4
 7. Post 5
 8. Sonstiges 6

1. BEGRÜßUNG UND FESTSTELLUNG DER ANWESENHEIT

Zu Beginn der Sitzung waren 11 Referent*innen vor Ort anwesend, 2 (später 3) weitere waren via Jitsi zugeschaltet. Somit ist die Sitzung beschlussfähig.

2. WEITERE GESTALTUNG DER ASTA-SITZUNGEN

- Stimmrecht für digitale Teilnehmer*innen?
 - Yunus: unabhängig von Umständen sollten alle Möglichkeit haben, mitzustimmen, weil sie ja auch gewählt wurden
 - David: ja, aber in der GO nicht vorgesehen --> Beschlüsse könnten angefochten werden
 - Ellen: fände es gut, wenn alle Menschen Stimmrecht haben, Beschlussfähigkeit vor Ort sollte aber Voraussetzung sein
 - David: Vorschlag: tagen nur, wenn in Präsenz beschlussfähig, Stimmen werden mitgezählt, aber vor Ort zählt
 - 11 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltung
 - → digitale Beteiligung soll langfristig in der GO geregelt werden
 - Yunus: was ist bei knappen Beschlüssen?
 - David: kontroverse Beschlüsse werden per Umlaufbeschluss geregelt
- Rhythmus?
 - Möglichkeiten: wöchentlich, 2-wöchentlich, monatlich
 - David: in den Semesterferien wird es schwierig mit Präsenz, daher z.B. monatlich Präsenz
 - Arne: alle 2 Wochen, 1 mal digital, 1 mal Präsenz
 - Vorschlag:
 - alle zwei Wochen Sitzungen, die abwechselnd rein digital und hybrid stattfinden:
 - 1. Woche Präsenz (Hybrid wie jetzt)
 - 2. Woche Entfall
 - 3. Woche digital
 - 4. Woche Entfall
 - ab 5. Woche von vorne
 - David: in Zukunft wird die Teilnahme pünktlich abgefragt, sodass Beschlussfähigkeit vorher absehbar ist; Koordination erstellt Plan für die nächste, vorlesungsfreie Zeit; wenn für hybride Sitzung keine Beschlussfähigkeit gegeben sein wird, dann digital

3. PROTOKOLL DER LETZTEN SITZUNG

/

4. GÄSTE

/

5. BERICHTE

- Jour Fixe (Arne, Michel, Patricia/HoPo)
 - **[Ausschluss der Öffentlichkeit]**
- Erweitertes Präsidium (Sebastian, Arne/HoPo):
 - **[Wiederherstellung der Öffentlichkeit]**
- Studiaktion Lerntechniken (Lino/DSL):
 - Gestartet und beworben durchs Öffentlichkeitsreferat
 - Details unter: <https://www.asta-giessen.de/Lerntechniken/>
 - Hinweis: Gewinnspiel nicht für AStA-Mitglieder (aus Gründen der Professionalität)

Berichte über Umlaufbeschlüsse:

- Gewinn Nachhaltigkeitschallenge muss neu gestellt werden (Original durch, Änderung der Änderung nicht) --> muss neu gestellt werden
- Freibadflaterate aussetzen (Lea, Daisy, Arne): bei 10 Teilnehmenden das Quorum von 11 Stimmen nicht erreicht, ergo nicht behandelt. --> muss ggf. neu gestellt werden

6. ANTRÄGE

Antragstitel	Referat / Extern	Abstimmungsergebnis (Ja / Nein / Enthaltung)	Beantragte finanzielle Förderung	Bewilligt / Abgelehnt	Anmerkungen
Aufwandsentschädigung für Kristin Hügelschäfer als Aushilfskraft im Referat für Politische Bildung	PolBil	(13/0/1)	200€	Bewilligt	Änderungsantrag (von Antragsteller eingebracht und übernommen): ersetze "Aufwandsentschädigung" durch "Honorar"; Antragsteller bespricht sich mit Lizzy wegen Bürokratie
Umlaufbeschluss mit hoher Dringlichkeit: Pressemitteilung mit Stellungnahme	HoPo	-	-	Bestätigt	Datum: 07.04.2020
Umlaufbeschluss: Unterstützung der Forderung der Initiative	HoPo/SHK	-	-	Bestätigt	Datum: 07.04.2020

Solidarsemester 2020					
Umlaufbeschluss: Kauf von Gutscheinen für Nachhaltigkeitscha llenge	Öko	-	130€	Bestätigt	Datum: 20.04.2020
Umlaufbeschluss: Änderung des Gewinns der Nachhaltigkeitscha llenge	Öko	-	-	Bestätigt	Datum: 28.04.2020
Umlaufbeschluss: LAK - Finale Abstimmung Gemeinsame Forderungen gutes digitales Semester	HoPo	-	-	Bestätigt	Datum: 18.05.2020
Umlaufbeschluss: Kritischer Vortrag zur Postwachstumsöko nomie	Ökologie	-	150€	Bestätigt	Datum: 18.05.2020
Umlaufbeschluss: „Demo- Unterstützung, Aufruf und PM „Echte Hilfe für Studierende jetzt!““	HoPo	-	-	Bestätigt	Datum: 09.06.2020
Umlaufbeschluss: Übernahme der Reisekosten für 20.06. Berlin- Demo zur Studifinanzierung	HoPo/WoSo /SHK	-	500€	Bestätigt	Datum: 24.06.2020
Umlaufbeschluss: Freibadflatrate aussetzen?	Öko	-		Nicht bestätigt	Datum: 06.07.2020 Quorum nicht erfüllt
Umlaufbeschluss mit hoher Dringlichkeit: Pressemitteilung mit Stellungnahme	HoPo	-	-	Bestätigt	Datum: 08.07.2020
Beschlossen am 06.07.2020 / Protokollant*in: Peer Pröve; Sitzungsleitung: David Bianucci					

7. POST

/

8. SONSTIGES

- Hinweis vom Koordinationsreferat:
 - Anträge und Berichte über Umlaufbeschlüsse bitte pünktlich (bis 23:59 Uhr des Vortages der Sitzung) auf den Server hochladen bzw. an David oder Peer schicken
- Einführungswochen (Peer/Emely)
 - nach jetzigem Stand sollen die Einführungswochen in ihrer normalen Form komplett entfallen und durch digitale Angebote ersetzt werden, was sehr schade wäre
 - wollen wir entweder Druck, machen, dass bestimmte Angebote unter den nötigen Sicherheitsvorkehrungen trotzdem stattfinden oder ein alternatives, eigenes Programm auf die Beine stellen?
 - Arne: Präsident meinte, Einführungswoche soll vielleicht auch teilweise Präsenz sein, endgültige Entscheidung am 15.07.; Öko überlegt über Ökosoziale Einführungswoche
 - Peer: wann war Jour Fixe und wann ist Senat?
 - Arne: Donnerstag war Jour Fixe, Senat ist am 15.07. (Krisenstab tagt direkt davor)
 - David: face to face ist sehr wichtig
 - Peer: Stimmungsbild: sollen wir kommunizieren, dass wir Wert auf einzelne Präsenzformate legen
 - einstimmig
 - → Peer formuliert einen Vorschlag für eine Mail an Verantwortliche
- Studihaus (Patricia)
 - → verschoben
- Finanzierung MuK Kultur (Daisy)
 - Emely hat Umlaufbeschluss rumgeschickt, dass wir Rechnung vom MuK vom letzten Kulturreferat übernehmen (MuK hatte Kira nicht erreicht)
 - bitte Rechnungen immer in der Legislatur einreichen
 - bitte abstimmen, ist wichtig und sollte erledigt werden
 - ist zwar viel Geld, aber haben nicht so viele Ausgaben gerade
- Nachttanzdemo (Daisy)
 - soll Mitte August stattfinden, Konzept:
 - online gibt es ein Sicherheitskonzept
 - 3 Standorte, dort mit 10er Gruppen anmelden, davon je 1 Ordner*in (muss sich namentlich melden)
 - Rezeption kontrolliert Überfüllung, immer An- und Abmeldung
 - Maskenpflicht, Abstand zu anderen 10ern
 - 3 Standorte laufen nacheinander, unabhängig voneinander um den Ring, ohne Pausen → keine Redebeiträge, nur Aufnahmen, die abgespielt werden
 - Ziel: Kultur stärken → Honorar für Bands
 - will der AStA Geld spenden, um z.B. eine Gage/Band zu finanzieren?
 - → positives allgemeines Stimmungsbild
 - David: unterstützenswert, gibt es eine Liste welche Bands kommen/welche Kosten entstehen?
 - Daisy: folgt
 - David: z.B. in Signal Gruppe schicken
 - Daisy: AStA der THM spendet angeblich mehrere 1000€

- Peer: vlt. einen Aufschlag/Vorschlag in die Signal-Gruppe stellen, was wir aus welchen Töpfen finanzieren; wollen wir auch über StuPa gehen?
- Daisy: wird auf jeden Fall teurer als sonst, Bericht folgt
- Daisy: wir brauchen jemanden, der*die ins NTD Plenum geht
- Lea: geht hin
- Freibadflatrate
 - Umlaufbeschluss ist nicht durchgegangen
 - Mai und Juni wurde schon in Solifonds übertragen
 - → Flatrate bleibt bestehen, Geld für Solifonds wird aus anderen Töpfen geholt
 - Sophie macht Erklärungspost
 - Yunus: warum wird kein neuer Umlaufbeschluss gemacht?
 - Arne: könnten wir auch machen, Finanzierung geht aber auch anders, Studis fänden das schade, wenn Flatrate ausgesetzt werden würde
 - Daisy: Freibad muss *jetzt* Bescheid wissen
 - Sophie: es kamen viele Beschwerden, würde nicht gut ankommen, wenn wir Flatrate aussetzen würden
- Mehrwertsteuersenkung (Fabi, Arne/Verkehr)
 - ca. 2€ weniger Semesterbeitrag pro Studi → wie damit umgehen? zurücküberweisen?
 - Daisy: sollte nicht einbehalten werden, Uni müsste sich eigentlich kümmern um die 25.000 Überweisungen
 - Jakob: Umfrage/Urabstimmung, ob die Studis es gut fänden, wenn das Geld in Projekte fließt
 - Peer: ja, aber vielleicht fordern Leute dann was zurück; wir sollten ein mögliches Rückererstattungsverfahren einplanen und hoffen, dass die meisten Leute das nicht zurückhaben wollen
 - Daisy: erstmal nichts machen und Uni fragen
 - David: erstmal vertagen und Informationen zusammentragen? → Arne, Daisy
- Fabi (Personal)
 - Trennwände/Aufsteller/Schutzwände sollen für Beratungsangebote gekauft werden, kann er seinen Kumpel damit beauftragen?
 - Daisy: es müssen Dinge beachtet werden, wir haben einen Bürobedarf, wo wir sowas bestellen müssen
 - Fabian: wird mit Daisy besprochen
- Kino (Daisy, Antifa)
 - für Lea: Kino nächste Woche geplant (Hamburger Gitter)
 - David: ohne Beschluss wird das nichts
 - Lea: Umlaufbeschluss folgt

[Justus-Liebig-Universität Gießen, Postfach 11 14 40, 35359 Gießen](#)

AStA der JLU
Otto-Behagel-Str. 25 D
35394 Gießen

Vorab im Sitzungsordner

Allgemeiner Studierendenausschuss

Referat für Ökologie

Referent: Max McHammergeil

Jürgen-Dietz-Haus
Otto-Behagel-Straße 25 D
Telefon: 0641 99 14800
Fax: 0641 99-14799

E-Mail: oekologie@asta-giessen.de

Gießen, 5. Juli 2020

**Antrag: Aufwandsentschädigung für Kristin Hügelschäfer als Aushilfskraft
im Referat für Politische Bildung**

Liebe Co-Referent*innen,

Kristin Hügelschäfer konnte in der letzten StuPa Sitzung wegen organisatorischen Problemen nicht gewählt werden. Ihre Unterstützung ist aber gerade dringend notwendig, um unsere Projekte zu verwirklichen. Deshalb beantrage ich ein Rahmenbudget von 200€ als Aufwandsentschädigung für den laufenden Monat. Kristin wird dann hoffentlich in der nächsten StuPa Sitzung gewählt.

Liebe Grüße

Jakob (Pol. Bil)

Gießen, 07. April 2020

**Bericht zum Umlaufbeschluss: Umlaufbeschluss mit hoher Dringlichkeit:
Pressemitteilung mit Stellungnahme**

Antragstext	<p>Liebe Co-Referent*innen,</p> <p>hiermit beantragen wird die Veröffentlichung der Pressemitteilung mit dazugehöriger Stellungnahme des AStA zur aktuellen Corona-Krise. Beide Texte findet ihr im Anhang. Die Pressemitteilung wird an die Lokalzeitungen zur Veröffentlichung weitergegeben. Die Stellungnahme soll auf unserer Website und auf Facebook zugänglich gemacht, sowie über den E-Mail-Verteiler der Universität an alle Studierende verschickt werden. Verfasst wurden die Beiträge von der AG Stellungnahme.</p> <p>Wir stellen diesen Umlaufbeschluss gemäß §7 (7) unserer Geschäftsordnung mit reduzierter Laufzeit (mind. 2 Stunden). Der Umlaufbeschluss ist also ab jetzt in frühestens zwei Stunden gültig, soweit sich mind. 11 Referent*innen und jede Liste beteiligt hat.</p> <p><i>Zur Begründung:</i> Die aktuelle Pandemie sorgt für große Verunsicherung unter den Studierenden. Auch an der JLU muss die Krise mit einer Vielzahl von Entscheidungen und neuen Regelungen begegnet werden. Wir müssen uns zu den aktuellen Entwicklungen klar positionieren, um die Interessen der Studierenden angemessen vertreten zu können.</p> <p><i>Zur Begründung der Dringlichkeit</i> Grund für die Dringlichkeit ist, dass morgen der Corona-Krisenstab der JLU tagt. Es wäre außerordentlich sinnvoll, wenn unser Papier dort pünktlich vorliegt und unsere Forderungen wahrgenommen werden würden.</p> <p>Ihr nehmt an diesem Umlaufbeschluss teil, indem ihr auf diese Mail mit "ja", "nein" oder Enthaltung antwortet (bitte achtet darauf, dass ihr nur dem Absender und nicht allen antwortet).</p>
Zeitraum	07.04.2020 20:36 bis 07.04.2020 22:36
Teilnehmer	Henning Tauche, Sophie Müller, Frederik Peper, Julia Regele, Lena-Johanna Schmidt, Habib Yasar, Peer Pröve, Daniel Heinz (per Telegram), Patricia Ruhland, Jakob Heidtke, Desiree Becker (per Telegram), Younis Zobi, Justus Grebe
Ja-Stimmen	13
Nein-Stimmen	-
Angenommen	ja

Stellungnahme und Forderungen des AStA der JLU zur aktuellen Corona-Krise

Wir alle sind von der gegenwärtigen SARS-CoV-2-Pandemie betroffen. Allerdings nicht alle gleich. Gesundheitlich sind etwa ältere Menschen oder Personen mit Vorerkrankungen erheblich stärker gefährdet. Aber auch Alleinstehende bzw. -erziehende, Menschen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen, Obdachlose und Arme sind besonders betroffen, da wichtige Unterstützungsangebote wie etwa die Tafeln oder Therapieangebote wegfallen. Außerdem trifft die Isolation insbesondere die Menschen, die alleine, auf kleinstem Raum und ohne eigenen Garten oder Balkon wohnen. Unter Studierenden sind hier etwa diejenigen betroffen, die in einem kleinen Wohnheimzimmer oder einer Einzimmerwohnung leben. Darüber hinaus steigen die Fälle häuslicher Gewalt, welche vor allem Frauen* und Kinder trifft. An diesen Stellen muss der Staat mit (sozial-)politischen Maßnahmen unmittelbar gegensteuern!

1. ZUM GESUNDHEITSPOLITISCHEN KONTEXT DER PANDEMIE

Die Reaktionen auf die Pandemie finden unter spezifischen Bedingungen statt: Die Krankenhäuser wären wohl nicht so überlastet und besser vorbereitet, hätte die Politik das Gesundheitssystem nicht neoliberalen Logiken und Sparzwängen unterworfen. Dies ist auf Kosten der Beschäftigten und des Wohls der Patient*innen geschehen.¹ Perfide scheint hinsichtlich der gegenwärtigen Situation auch die Forderung der Bertelsmann-Stiftung aus dem letzten Jahr, die Hälfte aller Kliniken in Deutschland zu schließen.² Ein weiteres Problem zeigt sich in dem horrenden Preisanstieg dringend benötigten Zubehörs wie Atemschutzmasken oder Schutzkleidung. Akteur*innen, die aus dieser Krise Profit schlagen wollen stehen denen gegenüber, die sich von unten organisieren und ehrenamtlich helfen - so etwa die vielen Freiwilligen, die selbst Schutzmasken herstellen. Auch die Forschung leidet unter Marktlogik und Profitinteresse. So hätte schon nach der ersten SARS-Pandemie 2002/2003 an Coronaviren und geeigneten Behandlungsmethoden geforscht werden können.

1 <https://www.zeit.de/arbeit/2020-04/gesundheitswesen-coronavirus-krankenhaus-unterfinanzierung-personal>

2 <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/bertelsmann-fuer-weniger-kliniken-dkg-kritisiert-studie-scharf-100.html>

Für die Pharmakonzerne war dies jedoch nicht rentabel genug, sodass Geld für die Forschung fehlte.³ Im Hier und Jetzt bringen Klatschkonzerte und Lobesbotschaften dem Personal im Gesundheitswesen, aber auch z.B. im Lebensmittelhandel, der Reinigungsbranche und der Logistik, wenig. Diese Menschen, von denen viele Frauen sind, sichern unsere Grundversorgung. Ihre Arbeit muss wertgeschätzt werden, sie verdienen gerechte Arbeitsbedingungen und dauerhaft eine anständige Entlohnung!

2. ZUR SITUATION DER GEFLÜCHTETEN

Der Ausbruch des Corona-Virus betrifft die Geflüchteten an der griechischen Außengrenze besonders hart.⁴ Während in Deutschland Hände waschen und Abstand halten kein Problem ist, ist dies in den Flüchtlingslagern von Griechenland nicht möglich. So ist etwa das Lager Moria auf der Insel Lesbos für ca. 3.000 Menschen ausgelegt, mit über 20.000 Menschen aber restlos überfüllt. Die hygienischen Bedingungen sind katastrophal: eine Toilette für 170 Personen, ein Wasserhahn für 1.300 Personen. Zudem gibt es kaum medizinische Versorgung für die Menschen in dem Lager. Viele NRO warnen seit Wochen vor einem Ausbruch des Virus und fordern daher die sofortige Evakuierung des Lagers. Die EU gibt wie immer vor, handlungsunfähig zu sein - trotz dem Angebot einiger EU-Länder, Geflüchtete aus den Lagern aufzunehmen. Griechenland will nun einige hundert Menschen, die zu den Risikogruppen zählen, von Lesbos auf das Festland bringen – das reicht nicht! Es besteht eine klare rassistische Ungleichbehandlung: Weiße, europäische Staatsbürger*innen werden geschützt, nicht-weiße Schutzsuchende ihrem Schicksal überlassen. Wir fordern die Stadt Gießen auf, den Forderungen der Seebrücke nachzukommen:⁵ Als Mitglied der Kampagne der „Sicheren Häfen“ soll sich die Stadt für die Aufnahme von Geflüchteten einsetzen - auch und gerade in Zeiten der Pandemie!

3. ZUR KRITIK AN DEN MAßNAHMEN

Maßnahmen, die wirksam verhindern, dass das neuartige Coronavirus sich weiter verbreitet, sind dringend notwendig. Das Ziel der Politik, die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen ist richtig und wichtig, heiligt aber nicht alle Mittel. Einzelne Aspekte der Änderung des Infektionsschutzgesetzes, wie etwa die unverhältnismäßige Ausweitung der Kompetenzen des Gesundheitsministerium, bewerten wir kritisch.⁶ Ebenso lehnen wir die Weitergabe von Namen und Adressen Infizierter an polizeiliche Behörden entschieden ab.⁷ Die Eindämmung der Pandemie legitimiert keinen Überwachungsstaat! Ein Mehr an Polizeipräsenz und polizeilicher Kontrolle darf nicht Willkür Tür und Tor öffnen - und auf keinen Fall zu einem Mehr an *racial profiling* führen. Momentan ist das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit de facto ausgesetzt. Dies darf nicht zu einem Dauerzustand werden. Wir fordern deshalb die

3 <https://www.jacobinmag.com/2020/02/coronavirus-outbreak-free-market-pharmaceutical-industry>

4 <https://www.tagesschau.de/ausland/corona-ritsona-101.html>

5 <https://seebruecke.org/leavenoonebehind/aufruf>

6 <https://www.sueddeutsche.de/politik/spahn-infektionsschutz-1.4855511>

7 <https://netzpolitik.org/2020/daten-von-infizierten-polizei-sammelt-in-mehreren-bundeslaendern-coronavirus-listen>

ständige Überprüfung der Maßnahmen auf ihre Sinnhaftigkeit und Verhältnismäßigkeit und, wie bereits stellenweise geschehen, Korrekturen. Autoritäre Einschränkungen unserer Grundrechte dürfen nicht unkritisch hingenommen werden, sondern müssen immer wieder aufs Neue hinterfragt werden. Neue Formen politischen Protests sind deshalb geboten!

4. ZUR SITUATION DER STUDIERENDEN

Für alle Mitglieder der JLU ist die Corona-Pandemie, nach dem Hackerangriff im Dezember 2019, dessen Auswirkungen vereinzelt noch immer zu spüren sind, schon die zweite signifikante Einschränkung innerhalb kürzester Zeit. In dieser Krisensituation bedankt sich der ASTa bei der Universität für die regelmäßigen Updates und den direkten Draht zum Präsidium. Dennoch sollte bedacht werden, dass innerhalb der Studierendenschaft viele Unsicherheiten bestehen, bspw. bezüglich noch ausstehender Prüfungen aus dem Wintersemester, Praktika und Exkursionen. Viele Studierende arbeiten in der Gastronomie oder auf Messen und stehen dementsprechend nun vor Jobverlust und großen finanziellen Schwierigkeiten. Bei der Bewältigung dieser Krisensituation müssen die Studierenden auf die Hilfe der Gesellschaft zählen können, ebenso wie viele Studierende nicht nur in Gießen, sondern bundesweit Solidarität gezeigt und geholfen haben: als Einkaufshilfe für Risikogruppen oder in der kurzfristigen Unterstützung der Krankenhäuser. Schwierigkeiten treten aber nicht nur in der Studierendenschaft auf. Auch die Beschäftigten im Mittelbau stehen vor großen Problemen, was zum Beispiel die Mehrbelastung in der Lehre oder Verzögerung der Promotion angeht. Wir stehen an der Seite dieser Gruppe und hoffen, dass wir diese Krise gemeinsam und solidarisch meistern können.

5. ALLGEMEINE FORDERUNGEN

Die Bundes- und Landesregierung sowie die Stadt Gießen, die Hochschulen und das Studentenwerk sollten dringend auf die Notlagen unter Studierenden reagieren. Zu den Maßnahmen, die der ASTa der JLU fordert, zählen:

- In finanzielle Notlagen geratenen Studierenden und anderen Lohnabhängigen muss unbürokratische und schnelle Hilfe gewährt werden.
- Der beispiellose Einsatz von (Medizin-)Studierenden in der Bekämpfung der Pandemie muss angemessen entlohnt werden und darf keine Nachteile für den Studienverlauf mit sich bringen. Darüber hinaus sollten ehrenamtliche Tätigkeiten von Studierenden während der Krise als Studienleistungen beispielsweise im AfK-Bereich oder als Praktikum anrechenbar sein.
- Das Sommersemester muss als „Solidarsemester“⁸ bzw. „Optionssemester“ (teilweise auch als „Nicht-Semester“⁹ bezeichnet) eingestuft werden, sodass es nicht zur Regelstudienzeit zählt und auch nicht in die Länge des BAfÖG-Bezugs eingerechnet wird. Das Erbringen von Studienleistung muss möglich, aber nicht zwingend sein. Studierenden, die das kommende Semester aussetzen, darf kein Nachteil entstehen.

8 <https://solidarsemester.de>

9 <https://www.nichtsemester.de/cbxpetition/offener-brief/>

- Auch nach dem 25. Lebensjahr müssen das Kindergeld weiterhin ausbezahlt werden und der reduzierte Krankenversicherungsbetrag gelten. Darüber hinaus muss die Zahlung der Waisenrente nach dem 27. Lebensjahr verlängert werden, wenn das Studium durch die Krise in die Länge gezogen wurde.
- Die Abgabefristen für Hausarbeiten, Praktikumsberichte und andere Prüfungsleistungen müssen aufgehoben bzw. weiter verlängert werden.
- Lehrveranstaltungen müssen für mehr Module und Studiengänge geöffnet werden, um zu verhindern, dass Studierende wegen der Krise ihr Studium nicht beenden können.
- Die Hygiene in Studierendenwohnheimen muss gewährleistet werden. Außerdem sollte es Mietreduzierungen zur finanziellen Entlastung der Studierenden in den Wohnheimen geben.
- Für die Belange ausländischer Studierender, beispielsweise hinsichtlich von Aufenthaltserlaubnissen, müssen unbürokratische und kulante Lösungen gefunden werden. Auch müssen finanzielle Unterstützungen, die bisher nur deutschen oder EU-Studierende unter die Arme greift, auch für ausländische Studierende geöffnet werden.
- Das kommende Sommersemester sollte zum Ausbau und der nachhaltigen Etablierung digitaler Lehre und Verwaltungsabläufe genutzt werden. Die Digitalisierung der Lehre muss im Sinne eines Blended-Learning langfristig gefördert werden.
- Elitenförderung sollte zugunsten von Breitenförderung ausgesetzt werden: Wir fordern finanzielle Unterstützung für die, die es jetzt wirklich brauchen!
- Da das digitale Literaturangebot oft nicht ausreicht, sollte geprüft werden, ob eine Literaturversorgung für dringende Zwecke, wie etwa Abschlussarbeiten, auch für Studierende eingerichtet werden kann.
- Wir wenden uns entschieden gegen Rassismus gegenüber vermeintlich nicht-deutschen Studierenden, die als angebliche „Seuchenträger*innen“ gesehen werden. Auch in Zeiten von Corona gilt: Hochschule für alle - kein Platz für Rassismus!

6. FORDERUNGEN BEZÜGLICH STUDENTISCHER BESCHÄFTIGTER

Studentische Beschäftigte stemmen einen wesentlichen Teil der Forschung und Lehre an der Justus-Liebig-Universität. Gerade in Krisenzeiten und bei Fragen der Digitalisierung kann sich die Universität auf die zuverlässige und engagierte Arbeit ihrer studentischen Beschäftigten verlassen. Wir hoffen, dass sich die studentischen Hilfskräfte nun auch auf ihre Universität verlassen können und fordern die Justus-Liebig-Universität und das Land Hessen auf, ihnen gegenüber kulante Regelungen zu treffen. Dazu zählen:

- Es darf in der Krise nicht zu Entlassungen studentischer Beschäftigter kommen. Die JLU muss zudem die reibungslose Weiterbeschäftigung sicherstellen, sodass es zu keiner Verzögerung bei der Beantragung, Bearbeitung oder Ausstellung der Verträge kommt. Dafür muss die Universität frühzeitig entsprechende Maßnahmen einleiten.
- Als „Solidarsemester“ oder „Optionssemester“ darf das kommende Sommersemester den studentischen und wissenschaftlichen Beschäftigten nicht auf die Befristungsdauer im Sinne des HHG oder WissZeitVG angerechnet werden.
- Es müssen technische Möglichkeiten geschaffen werden, dass studentische Beschäftigte von Zuhause aus ihren Aufgaben nachkommen und Forschung und Lehre so auch in Krisenzeiten effektiv unterstützen können.

- Gleichzeitig fordern wir, dass die studentischen Beschäftigten das in den letzten Wochen entstandene Stundendefizit nicht durch Gebrauch ihres Urlaubsanspruches kompensieren müssen.
- Vor allem Finanzierungsprobleme, die von Drittmittelabhängigkeit oder auslaufenden Förderprogrammen herrühren, sollten nicht zu Lasten der studentischen Beschäftigten ausgetragen werden.

7. ANGEBOTE DES ASTA UND WEITERE ANLAUFSTELLEN

Das AStA-Büro ist aktuell geschlossen. Erreichbar ist der AStA allerdings weiterhin via E-Mail (buero@asta-giessen.de). Telefonisch ist der AStA aktuell leider nicht zu erreichen. Anträge zur Rückerstattung des Semestertickets sind per E-Mail möglich. Das Vorzeigen der entwerteten Chipkarten ist noch nicht möglich, dafür arbeiten wir derzeit an einer Lösung.

- <https://www.asta-giessen.de/service/semesterticket/rueckerstattung/>

Die Angebote der rechtlichen und psychologischen Beratung laufen in abgewandeltem Format weiter. Die psychologische Beratung ist montags (Benjamin Volkmann, 0170 680 7303) und mittwochs (Christiane Grewing, 0157 342 28310) von 13 bis 15 Uhr erreichbar. Die rechtliche Beratung findet von Montag bis Freitag von 12 bis 13 Uhr sowie donnerstags von 13 bis 14 Uhr telefonisch statt. Sprechstunden für die verschiedenen Rechtsgebiete finden an unterschiedlichen Wochentagen statt.

- <https://www.asta-giessen.de/service/rechtsberatung>

Weiterhin ist es möglich, über den von der Studierendenschaft finanzierten „Förderverein für unschuldig in Not geratene Studierende an der JLU Gießen e.V.“ („Solifonds“) eine finanzielle Unterstützung zu beantragen, sollte man - auch aufgrund der gegenwärtigen Pandemie - in finanzielle Notlage geraten sein.

- <https://solifonds-giessen.de>

Bei Fällen sexuellen Missbrauchs bietet Wildwasser e.V. täglich von 9.00 – 16.00 Uhr (freitags 9.00 – 12.00 Uhr) unter Tel. 0641-76545 eine telefonische Beratung an.

- <https://www.wildwasser-giessen.de/>

Eine Sammlung von Hilfesuchen und -angeboten hat die Stadt Gießen zusammengestellt.

- <https://www.giessen.de/giessenhilft>.

Die für das Sommersemester geplanten Veranstaltungen des AStA werden nicht wie geplant stattfinden können. Die einzelnen Referate prüfen aktuell, ob ihre Veranstaltungen ausfallen bzw. verschoben werden müssen oder etwa Online-Vorträge umsetzbar sind.

Alle Informationen zur Arbeit und zum Angebot des AStA während dieser Ausnahmesituation:

- <https://www.asta-giessen.de/corona>

Informationen der JLU zum Umgang mit der Corona-Pandemie

- <https://www.uni-giessen.de/coronavirus>

PRESSEMITTEILUNG:

STELLUNGNAHME DES ASTA DER JLU ZUR CORONA-KRISE

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU) stellt fest, dass die gegenwärtige SARS-CoV-2-Pandemie alle betrifft – allerdings nicht alle gleich. Gesundheitlich sind ältere Menschen oder Personen mit Vorerkrankungen erheblich stärker gefährdet. Die Isolation trifft insbesondere Menschen, die alleine, auf kleinstem Raum und ohne eigenen Garten oder Balkon wohnen, beispielsweise Studierenden in kleinen Wohnheimzimmern. Darüber hinaus steigen die Fälle häuslicher Gewalt, welche vor allem Frauen* und Kinder trifft. An diesen Stellen muss der Staat unmittelbar gegensteuern!

Dabei sind Maßnahmen, die die Verbreitung des neuartigen Coronavirus verhindern, dringend notwendig. Die damit einhergehenden Einschränkungen der Grundrechte, bspw. der Versammlungsfreiheit, dürfen jedoch nur temporär sein, wie Jakob Heidtke, Referent für politische Bildung bemerkt. Er stellt darüber hinaus klar: „Wir brauchen ein Ende des Sparzwangs und die Besserstellung der Beschäftigten im Gesundheitswesen, aber auch z.B. im Lebensmittelhandel, der Reinigungsbranche und der Logistik. Diese Menschen, von denen viele Frauen sind, verdienen gerechte Arbeitsbedingungen und dauerhaft eine anständige Entlohnung!“ Auch die Situation der Geflüchteten in den griechischen Lagern muss verbessert werden. Desiree Becker vom Referat für Antifaschismus und Antidiskriminierung fordert von der Stadt Gießen: „Als Mitglied der Kampagne der ‚Sicheren Häfen‘ muss sich die Stadt für die Aufnahme von Geflüchteten einsetzen – auch und gerade in Zeiten der Pandemie!“

Wegen der Corona-Pandemie bestehen für die Studierenden viele Unsicherheiten, vielen drohen nun Jobverlust und Geldnot. Deshalb fordert der AStA unter anderem unbürokratische und schnelle Unterstützung für Studierende und alle anderen Personen in finanziellen Notlagen. Er setzt sich weiterhin für ein Solidarsemester ein, damit das Sommersemester nicht auf die Regelstudienzeit, die BAfÖG-Bezugsdauer oder Beschäftigungsdauern angerechnet wird. Julia Regele aus dem Referat für Studium und Lehre fügt hinzu: „Das kommende Sommersemester sollte zur nachhaltigen Etablierung digitaler Lehre und Verwaltungsabläufe genutzt werden. Die Digitalisierung der Lehre muss im Sinne eines Blended-Learning langfristig gefördert werden.“ Der AStA fordert auch kulante Lösungen für die Probleme ausländischer Studierender. Rassismus gegenüber vermeintlich nicht-Deutschen, die als angebliche „Seuchenträger*innen“ gesehen werden, verurteilt der Studierendenausschuss aufs Schärfste. Auch in Zeiten von Corona gilt: Hochschule für alle – kein Platz für Rassismus!

Zur Lage der studentischen Beschäftigten äußerte Henning Tauche vom Referat für studentische Hilfskräfte: „Es darf in der Krise nicht zu Entlassungen studentischer Beschäftigter kommen. Die JLU muss die reibungslose Weiterbeschäftigung sicherstellen, sodass es zu keiner Verzögerung bei der Beantragung, Bearbeitung oder Ausstellung der Verträge kommt.“ Dabei steht der AStA auch solidarisch an der Seite des akademischen

Mittelbaus, der durch die momentane Situation vor enorme Probleme wie die Mehrbelastung in der Lehre oder Verzögerung der Promotion gestellt wird.

Auch die Arbeit des AStA ist von der Corona-Krise betroffen. Das Büro ist aktuell geschlossen und der AStA nur via E-Mail (buero@asta-giessen.de) erreichbar. Anträge zur Rückerstattung des Semestertickets sind per E-Mail möglich. Die Angebote der rechtlichen und psychologischen Beratung laufen telefonisch weiter. Studierende in finanziellen Notlagen können sich an den „Förderverein für unschuldig in Not geratene Studierende an der JLU Gießen e.V.“ wenden. Bei Fällen sexuellen Missbrauchs bietet Wildwasser e.V. täglich von 9.00 – 16.00 Uhr (freitags 9.00 – 12.00 Uhr) unter 0641-76545 eine telefonische Beratung an. Alle Informationen zur Arbeit des AStA während dieser Ausnahmesituation, ebenso wie eine ausführliche Stellungnahme samt Forderungskatalog sind auf der Website des AStA zu finden.

Gießen, 07. April

Bericht zum Umlaufbeschluss: Umlaufbeschluss: Unterstützung der Forderung der Initiative Solidarsemester 2020

Antragstext	<p>Liebe Co-Referent*innen,</p> <p>hiermit beantragen wir den öffentlichen Anschluss des AStAs an den Katalog von Forderungen der bundesweiten Initiative Solidarsemester 2020. Die Website (solidarsemester.de) mit den Forderungen geht am 06.04. online. Der Umlaufbeschluss läuft bis zum 07.04.2020, 13 Uhr.</p> <p>Zur Begründung:</p> <p>Die Corona-Krise stellt für die Universitäten wie auch für die Studierende eine große Herausforderung dar. Auf Bundes- und Landesebene müssen dafür zügig Entscheidungen getroffen werden. Um dabei auf die Interessen und Bedürfnisse der Studierenden hinzuweisen, wurden von der Initiative Solidarsemester 2020 ein Forderungskatalog formuliert, der sich sowohl an den Bund- und die Länder als auch an die einzelnen Hochschulen richtet. Mit einer Unterstützung dieser Forderungen verleihen wir diesen Nachdruck und positionieren uns im Diskurs. Schließlich soll der Anschluss an die Forderungen auch unsere Unileitung dazu anhalten, die Interessen der Studierenden hinreichend zu beachten. Gerade in Krisenzeiten darf Hochschulpolitik nicht über den Köpfen der Studierenden hinweg gemacht werden.</p> <p>Bereits beteiligt:</p> <p>Weitere Bündnispartner*innen sind die GEW-Studis, DieLinke.SDS, Campus Grüne, Juso Hochschulgruppen, der Bundesverband ausländischer Studierender, einzelne ASten, wie der der Goethe Universität Frankfurt, und viele mehr.</p>
Zeitraum	06.04.2020, 12:33 bis 07.04.2020, 13 Uhr.
Teilnehmer	Henning Tauche, Habib Yasar, Peer Prüve, Lino Seiffert, Younis Zobi, Arne Krause, Frederik Peper, Fabian Miroldestroh, Justus Grebe, Lea Bruns, Patricia Ruhland, Christian Müller, Julia Regele, Daniel Heinz (per Telegram)
Ja-Stimmen	14
Nein-Stimmen	-
Angenommen	ja

Justus-Liebig-Universität Gießen, Postfach 11 14 40, 35359 Gießen

Allgemeiner Studierendenausschuss
Otto-Behagel-Straße 24 D
35394 Gießen

Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA)

Referat für Ökologie

Jürgen-Dietz-Haus
Otto-Behagel-Straße 25 D
Telefon: 0194 5060500
Fax: 0641 99-14799

E-Mail: oekologie@asta-giessen.de

Gießen, 20. April 2020

Bericht: Umlaufbeschluss zum Kauf von Gutscheinen für Nachhaltigkeitschallenge

Antragsstellerin: Julia Regele, Referat für Ökologie und Klimagerechtigkeit

Laufzeit: Mi, 15.04.20, 10:18 Uhr bis Fr, 17.04.20, 12:00 Uhr

Teilnehmende: Henning Tauche, Justus Grebe, Sophie Müller, Younis Zobi, Lena Schmidt, Marvin Fritsch, Andrea Barany, Christian Müller, Emely Green, Arne Krause, David Bianucci, Frederik Peper, Julia Regele

Anzahl der Teilnehmenden: 13

Ergebnis: Der Antrag wurde mit 12 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme angenommen

Antragstext: Siehe nächste Seite

Umlaufbeschluss zum Kauf von Gutscheinen für Nachhaltigkeitschallenge

Liebe Co-Referent*innen,

leider mussten auch wir aufgrund der Corona-Krise alle geplanten Veranstaltungen absagen bzw. verschieben. Um dennoch spannende Inputs für die Studierendenschaft bereitzustellen, planen wir derzeit ein neues, digitales Projekt - die Nachhaltigkeitschallenge. Im Laufe des kommenden Sommersemesters möchten wir ein Mal wöchentlich nachhaltige Tipps aus unserem Alltag über unsere Social Media Kanäle teilen. Von leckeren Rezepten aus Essensresten über spannende Dokumentationen bis hin zu ökologischen und fairen Einkaufstipps, werden jeweils verschiedene Lebensbereiche thematisiert. Im Folgenden findet ihr eine Übersicht über die voraussichtlichen Themen, Änderungen vorbehalten. Bei weiteren Ideen könnt ihr gerne zeitnah auf uns zukommen.

Themenübersicht

Kochen 1: Vorspeise mit Rezept aus Studi-Kochbuch + Skype-Kochabend während Corona
Kochen 2: Hauptspeise mit Rezept aus Studi-Kochbuch + Lebensmittelverschwendung
Kochen 3: Nachspeise mit Rezept aus Studi-Kochbuch + vegane Ernährung
Weiterbildung: Lieblings Dokumentationen und Webinare zum Thema Nachhaltigkeit/Umwelt/...
Zero Waste: Müllvermeidung, Unverpacktläden, Recup, Refill, Handysammelbox, ...
Gärtnern: Gemüse und Kräuter selbst anbauen, Obst und Kräuter in der Natur sammeln, ...
Fair Fashion: Fair produzierte und recycelte Kleidung, Kleidertauschparties, ...
Mobilität: Klimafreundlich mobil, ökologischer Fußabdruck, Fahrradreparaturstationen, ...
Tauschen/Reparieren/Selber machen/Teilen: Repaircafés, Naturkosmetik, ...
Freizeit: Umweltfreundliche Freizeittipps in und um Gießen
Regional/saisonal/fair Einkaufen: Foodsharing, Weltladen, ...
Studium: Ecosia, Recyclingpapier, digitale Skripte, Geräte abschalten, Studium Oecologicum, ...

Die Studierenden werden aktiv mit eingebunden, indem sie uns ihre Lieblings-Tipps zusenden können. Um einen kleinen Anreiz zu schaffen, wird jede Woche unter den Einsendenden eine Person ausgelost, die einen Mensagutschein gewinnt. Angelehnt an das Konzept des Kochwettbewerbs werden auch dieses Mal wieder alle Tipps von uns gesammelt und am Ende in einem digital verfügbaren Buch „Nachhaltige Tipps von Studierenden für Studierende“ zusammengefasst.

Für die Finanzierung der Mensagutscheine beantragen wir ein Rahmenbudget in Höhe von 130,00€.

Liebe Grüße und bleibt gesund!

Arne, Marvin und Julia
ReferentInnen für Ökologie

Justus-Liebig-Universität Gießen, Postfach 11 14 40, 35359 Gießen

Allgemeiner Studierendenausschuss
Otto-Behagel-Straße 24 D
35394 Gießen

Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA)

Referat für Ökologie

Jürgen-Dietz-Haus
Otto-Behagel-Straße 25 D
Telefon: 0194 5060500
Fax: 0641 99-14799

E-Mail: oekologie@asta-giessen.de

Gießen, 28. April 2020

Bericht: Umlaufbeschluss zur Änderung des Gewinns der Nachhaltigkeitschallenge

Antragsstellerin: Julia Regele, Referat für Ökologie und Klimagerechtigkeit

Laufzeit: Mo, 20.04.20, 14:25 Uhr bis Mi, 22.04.20, 15:00 Uhr

Teilnehmende: Lino Seiffert, Frederik Peper, Sophie Müller, Michel Zörb, Younis Zobi, Habib Yasar, Justus Grebe, Arne Krause, Lena Schmidt, Christian Müller, Henning Tauche, David Bianucci, Julia Regele

Anzahl der Teilnehmenden: 13

Ergebnis: Der Antrag wurde mit 13 Ja-Stimmen einstimmig angenommen

Antragstext: Siehe nächste Seite

Umlaufbeschluss zur Änderung des Gewinns der Nachhaltigkeitschallenge

Liebe Co-Referent*innen,

bei unserem Umlaufbeschluss zur Nachhaltigkeitschallenge gab es ein paar Rückmeldungen, dass wir mit den Gutscheinen lieber lokale Unternehmen unterstützen sollten, anstatt die Mensa. Wir haben uns nochmal Gedanken gemacht und würden gerne, statt der Mensa-Gutscheine, Wertgutscheine für das Veganatural ausstellen. Das Veganatural ist ein rein veganes Bistro im Schiffenberger Tal, das hauptsächlich Bio-Lebensmittel aus der Region verwendet. Es wird besonders auf Nachhaltigkeit in allen Bereichen und guten Arbeitsbedingungen geachtet. Es wäre schön, wenn durch den Wettbewerb noch mehr Studierende das Veganatural kennenlernen würden. Da wir das Konzept sehr unterstützenswert finden und das Veganatural in dieser schwierigen Zeit gerne unterstützen würden, würden wir uns freuen, wenn ihr der Änderung zustimmt. Am Rahmenbudget ändert sich nichts. Falls dieser Antrag abgelehnt werden sollte, bleiben wir bei den Mensagutscheinen.

Bitte nimmt an dem Umlaufbeschluss teil indem ihr auf diese Mail mit "ja", "nein" oder "Enthaltung" antwortet. Achtet darauf, dass ihr nicht dem Verteiler antwortet.

Der Umlaufbeschluss läuft bis zum 22.04.2020 um 15:00 Uhr.

Liebe Grüße und bleibt gesund!

Arne, Marvin und Julia
ReferentInnen für Ökologie

Justus-Liebig-Universität Gießen, Postfach 11 14 40, 35359 Gießen

AStA der JLU
Otto-Behagel-Str. 25 D
35394 Gießen

Vorab im Sitzungsordner

Allgemeiner Studierendenausschuss

Referat für Hochschulpolitik

Referent*innen: Ellen Beck, Michel Zörb,
Peer Pröve & Arne Krause.

Jürgen-Dietz-Haus
Otto-Behagel-Straße 25 D
Telefon: 0641 99 14800
Fax: 0641 99-14799

E-Mail: hopo@asta-giessen.de

Gießen, 18. Mai 2020

Bericht über Umlaufbeschluss

Titel: LAK - Finale Abstimmung Gemeinsame Forderungen gutes digitales Semester bis 22 Uhr, 18.05.

Laufzeit: 06:54 Uhr am 17. Mai 2020 – 22:00 Uhr am 18.05.2020.

Teilnehmende: Lena-Johanna-Schmidt, Michel Zörb, Younis Zobi, Justus Grebe, Lino Seiffert, Frederik Pepper, Marvin Fritsch, Desiree Becker, Henning Tauche, Julia Regele, Arne Krause.

Davon mit „Ja“: alle, in Zahlen: 11.

Der Umlaufbeschluss wurde einstimmig bei 11 Teilnehmenden angenommen.

Antragstext:

Liebe Mitreferent*innen,

ich bitte an diesem Umlaufbeschluss bis 18.05., Montag, um 22 Uhr teilzunehmen, der die Unterstützung für den angehängten Forderungskatalog [s. Seite 2 ff.] der LAK Hessen und Gewerkschaften zur Bewältigung der Corona-Pandemie an Hochschulen in Hessen herbeiführen soll.

Begründung ergibt sich aus dem Forderungspapier, bspw. bestehenden unterschiedlichem Regelungsbedarf, z.B. bei der Fachsemesterzählung & Freiversuchen und beim Nothilfefonds des Bundes, ...

Liebe Grüße
Arne

Forderungspapier:

Forderungen der Studierenden in Hessen zur Durchführung des digitalen Semesters

Die Durchführung eines digitalen Semesters stellt die Hochschulen vor große Herausforderungen. Studierende, Lehrende, Forschende und die Verwaltung unternehmen derzeit große Anstrengungen, gemeinsam in dieser Ausnahmesituation eine gelungene Vorlesungszeit zu gestalten. Das Land Hessen und die Hochschulleitungen stehen dabei in der Verantwortung, die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu gewährleisten.

Deshalb fordern wir vom Land Hessen:

Finanzielle Entlastungen für Studierende

Zweidrittel der Studierenden müssen für den Erhalt ihres Lebensunterhalts arbeiten, ein Großteil der studentischen Nebenjobs ist jedoch aktuell ersatzlos entfallen. Die Überbrückungshilfe des Bundes ist als rückzahlungspflichtiges Volldarlehen nicht ausreichend und birgt für Studierende die Gefahr, sich weiter zu verschulden. Die zusätzlichen Mittel für die Nothilfefonds der lokalen Studierendenwerke sind – wie auch schon auf Landesebene aufgesetzt – das richtige Zeichen. Das Land muss weitere Maßnahmen ergreifen:

- Die Nothilfe des Bundes muss mit zusätzlichen Landesmitteln flankiert werden, um Studierenden weitgehend unbürokratisch und schnell zu helfen. Das Land Hessen soll sich beim Bund dafür einsetzen, die Soforthilfe-Mittel von 100 Millionen Euro aufzustocken.
- Das Land Hessen soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, beim aktuellen BAföG-Entwurf nachzubessern:
 - Die Förderhöchstdauer muss um ein Semester, im Falle eines Fortbestehens der Corona-Krise um weitere sechs Monate verlängert werden
 - Diese krisenbedingten Verlängerungszeiten sind auch für Studierende als Vollzuschuss zu gewähren, damit deren Schuldenlast nicht als Folge der Corona-Krise weiter wächst.
 - Das BAföG muss sofort entbürokratisiert werden und die Einkommensfreibeträge müssen sofort mindestens um die nach der 26. BAföG-Novelle für 2021 vorgesehenen sechs Prozent erhöht werden.

- Der Zeitpunkt der Leistungskontrolle bei Studierenden muss um ein Semester, im Falle einer längeren Dauer der Corona-Krise um einen längeren Zeitraum verlängert werden.
- Zugang zum Bafög für internationale Studierende, Studierende im Zweitstudium sowie Studierende, die die Regelstudienzeit überschritten haben.
- Das Land Hessen soll darauf hinwirken, dass Stipendien zur Studien- und Promotionsförderung analog zum Bafög verlängert werden.
- Mietminderungen zur finanziellen Entlastung der Studierenden in den Wohnheimen sind nötig. Die Einnahmeausfälle der Studierendenwerke müssen durch das Land Hessen kompensiert werden. Das Land Hessen muss die Studierendenwerke dabei unterstützen, mindestens eine Stundung der Miete von Wohnheimplätzen anzubieten.
- Studierende, die in der Krisenzeit ausnahmsweise mehr arbeiten und daher über 450€ verdienen, darf steuerrechtlich und beim Bafög kein Nachteil entstehen.
- Das Land Hessen soll darauf hinwirken, dass auch nach dem 25. Lebensjahr das Kindergeld weiterhin ausbezahlt wird und der reduzierte Krankenversicherungsbetrag gilt. Darüber hinaus muss die Zahlung der Waisenrente nach dem 27. Lebensjahr verlängert werden, wenn sich die Studiendauer durch die Krise ebenfalls verlängert.
- Das Land Hessen soll sich gegenüber den Hochschulen für eine einheitliche Möglichkeit zur Stundung des Semesterbeitrages und Verlängerung der Rückmeldefrist für das Wintersemester 2020/2021 einsetzen. Für das Wintersemester sollten die Hochschulen auf die Erhebung der versteckten Studiengebühren in Form des Verwaltungskostenbeitrages¹ verzichten, da viele Studierende langfristig mit finanziellen Problemen aufgrund der Coronapandemie zu kämpfen haben. Das Land Hessen muss die finanziellen Ausfälle der Hochschulen kompensieren.
- Die Studienabschlussdarlehen der örtlichen Studierendenwerke sollten ausgeweitet und die Beantragung vereinfacht werden, damit Studierende ihr Studium erfolgreich fortführen und beenden können.
- Die Ansprüche von Studierenden, die ihren studienbedingten Auslandsaufenthalt nicht in Anspruch nehmen konnten oder abbrechen mussten, auf bereits bewilligte Fördermittel, zum Beispiel Auslands-Bafög oder Erasmus, müssen bestehen bleiben. Bereits ausgezahlte Fördermittel dürfen in dem Umfang nicht zurückverlangt werden, wie den Studierenden bereits

¹ Die LandesAstenKonferenz und ihre Bündnispartner*innen lehnen grundsätzlich die Erhebung der Verwaltungskostenbeiträge als versteckte Studiengebühren ab.

Kosten im Zusammenhang mit internationalen Studienabschnitten bzw. dessen Vorbereitung entstanden sind.

Handlungen und Rahmenbedingungen für ein gutes Studium in Zeiten digitaler Lehre

Das Sommersemester muss als „Solidarsemester“ gestaltet werden. Das Erbringen von Studienleistungen muss möglich, aber nicht zwingend sein. Studierenden, die das kommende Semester keine Studienleistungen erbringen können, darf kein Nachteil entstehen. Darauf muss das Land gegenüber den Hochschulen hinwirken.

- Das Land muss dafür Sorge tragen, dass das Sommersemester 2020 an hessischen Hochschulen nicht als Fachsemester gezählt wird.
- Nicht alle Studierenden verfügen über die technischen Voraussetzungen an der digitalen Lehre teilzunehmen. Das Land Hessen soll darauf hinwirken, dass die Hochschulen für diese Studierenden Lösungen finden, hierzu gehört auch die Bereitstellung oder Ausleihe von Headsets, Endgeräten und Smartphones durch die Hochschulrechenzentren.
- Zudem sollte die Hessische Immatrikulationsverordnung so geändert werden, dass Studierende aufgrund der Coronapandemie ein Urlaubssemester einlegen, aber trotzdem Studienleistungen erbringen können. Mindestens müssen Anträge für ein Urlaubssemester problemlos möglich sein.
- Die Hochschulen müssen ihre Rahmenordnungen für die Dauer der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie anpassen. Notwendig dabei ist:
 - Alle Prüfungsversuche im Sommersemester werden als Freiversuche gewertet, d.h. sie werden im Falle des Nichtbestehens nicht gezählt und können im Falle des Bestehens zur Notenverbesserung wiederholt werden. Digitale Lehre und die derzeitige Situation dürfen nicht zu zusätzlichem Arbeitspensum sowie (Prüfungs)Leistungen führen.
 - Soweit noch nicht erfolgt das Aussetzen der regelmäßigen Teilnahme, als Voraussetzung für das erfolgreiche Bestehen einer Veranstaltung, für die Dauer der ausschließlich virtuellen Lehre
 - Solange kein Lehrbetrieb in Präsenz für alle möglich ist, müssen Studierenden großzügige Rücktrittsmöglichkeiten bei Online-Prüfungen und Prüfungen mit Präsenzpflcht eingeräumt werden. Aus dem Wintersemester 2019/2020 nachzuholende Prüfungen müssen frühzeitig angekündigt werden und dürfen keinesfalls verpflichtend durchgeführt werden, um sicherzustellen, dass sich die Prüfungslast nicht gegen den Willen der Studierenden erhöht.

- Auslaufende Studienordnungen und -gänge müssen um zwei Semester verlängert werden.
 - Zwangsexmatrikulationen sollen ausgesetzt werden.
 - Lehrveranstaltungen müssen für mehr Module und Studiengänge geöffnet werden, um zu verhindern, dass Studierende wegen der Krise ihr Studium nicht beenden können. Dementsprechend müssen die Teilnahmevoraussetzungen für Module soweit wie möglich aufgehoben bzw. flexibilisiert werden. ECTS-Voraussetzungen müssen für mindestens 12 Monate ausgesetzt werden (etwa für Abschlussmodule wie BA und MA-Arbeiten).
 - Insgesamt sind die Nachteilsausgleichs- und Härtefallregelungen zu erweitern.
 - Die Lehre muss inklusiv gestaltet werden und sich den spezifischen Situation der Studierenden, wie unterschiedliche Lernbedingungen, zu pflegende Angehörige ect. anpassen.
 - Digitale Lehre und die derzeitige Prüfungssituation dürfen nicht zu zusätzlichem Arbeitspensum sowie (Prüfungs)Leistungen führen.
- Die Teilnahme an Prüfungen, die von staatlichen Behörden abgenommen werden (Staatsexamen usw.) muss für die Studierenden in dieser Zeit freiwillig, aber möglich sein. Wenn die die Prüfung nicht wahrgenommen wurde, errechnet sich die Benotung aus den bisher erbrachten Leistungen.
 - Für verpflichtende Praxissemester und -phasen sind flexible Regelungen insbesondere bei dualen Studiengängen, Lehramtsstudiengängen, Studiengängen der Sozialen Arbeit und anderen Studiengängen mit staatlicher Anerkennung zu schaffen, um den frühestmöglichen Berufseinstieg bzw. Beginn des Vorbereitungsdienstes zu ermöglichen.
 - Praktische Übungen und Labore sind unter Einhaltung der Hygienestandards wieder aufzunehmen. Dabei ist es wichtig, dass für Risikogruppen bzw. Studierende, die regelmäßigen Kontakt zu Risikogruppen haben, ein bürokratiearmer, situationsbezogener Nachteilsausgleich gewährt wird. Sind sie Voraussetzungen für Klausuren, Module oder Abschlussarbeiten, sollten sie als Bestanden gewertet werden. Für sicherheitsrelevante oder verpflichtende Voraussetzungen zum Führen einer Berufsbezeichnung muss die Möglichkeit zum Nachholen gegeben werden. Veranstaltungen, die der Sicherheit der Teilnehmer*innen dienen und somit Voraussetzung zur Fortsetzung des Studiums sind, sollten prioritär wieder angeboten werden.
 - Die Hygiene in Studierendenwohnheimen muss gewährleistet werden. Das bedeutet, dass in den gemeinschaftlichen Räumen ausreichend Hautdesinfektionsmittel zur Verfügung gestellt wird. Die Reinigung der gemeinschaftlichen Räumlichkeiten (durch eine Reinigungsfirma) sollte auf die vom RKI empfohlenen

Standards überprüft werden. Und die Rahmenbedingungen entsprechend einer erfolgreichen Umsetzung gestaltet werden

- Das kommende Sommersemester sollte zum Ausbau und der nachhaltigen Etablierung digitaler Lehre und Verwaltungsabläufe genutzt werden. Die Digitalisierung der Lehre muss im Sinne eines Blended-Learning langfristig gefördert werden. Digitale Lehre kann indes Präsenzlehre nicht ersetzen.

Gute technische Lösungen

- Grundsätzlich sollte dem eigenständigen Hosten technischer Lösungen auf Servern der Hochschulen oder anderer öffentlicher Einrichtungen Vorrang vor kommerziellen Angeboten eingeräumt werden. Das Land Hessen muss zentral eine Lösung bereitstellen. Falls die Hochschulen zu Beginn auf privatwirtschaftliche Lösungen setzen, sollten sie sich zu einem Wechsel verpflichten, sobald dies technisch umsetzbar ist.
- Unabhängig von der technischen Lösung zur Durchführung video-basierter Veranstaltungen muss der Datenschutz gelten, maßgeblich sind hier Datensparsamkeit, Transport- sowie Inhaltsverschlüsselung zu nennen, und Freiwilligkeit bei der Videoübertragung.
- Lehrmaterialien müssen barrierefrei gestaltet und zugänglich sein² und es darf keinen zeitlich begrenzten Zugriff auf Materialien geben. Bei der digitalen Lehre ist grundsätzlich asynchrones Lernen zu bevorzugen, sodass Studierende selbst entscheiden können, wann sie sich die Lerninhalte aneignen. Trotzdem muss, wo es sinnvoll ist, Möglichkeiten des synchronen Lernens geben.

Internationale Studierende unterstützen

Für die Belange ausländischer Studierender, beispielsweise hinsichtlich von Aufenthaltserlaubnissen, müssen unbürokratische und kulante Lösungen gefunden werden.

- Es müssen finanzielle Unterstützungen, die bisher nur deutschen oder EU-Studierende unter die Arme greift, auch für ausländische Studierende geöffnet werden.
- International Studierenden muss der Zugang zu sozialer Sicherung eröffnet werden. Dabei ist besonders wichtig, dass Hochschulen und Ausländerbehörden kooperativ zusammenarbeiten.
- Stipendien für ausländische Studierende müssen mindestens für die Zeit der Einschränkungen an den Hochschulen durch die

² Dies betrifft Bildbeschreibungen, Videos/ Audios müssen verschriftlicht werden, Texte müssen mit Screen Reader lesbar sein, Kontraste und Vergrößerungen einstellbar, etc.

Pandemie verlängert, sowie Stipendien für international Studierende von müssen geschaffen werden.

Studentische Beschäftigung sichern

Studentische Beschäftigte stemmen einen wesentlichen Teil von Forschung und Lehre. Gerade in Krisenzeiten und bei Fragen der Digitalisierung können sich die Hochschulen auf die zuverlässige und engagierte Arbeit ihrer studentischen Beschäftigten verlassen. Wir erwarten, dass sich die studentischen Hilfskräfte nun auch auf ihre Arbeitgeber*innen verlassen können. Dazu zählen:

- Es darf in der Krise nicht zu Entlassungen studentischer Beschäftigter kommen. Die Hochschulen müssen zudem die Weiterbeschäftigung und Vertragsverlängerung sicherstellen, sodass es möglichst zu keiner Verzögerung bei der Beantragung, Bearbeitung oder Ausstellung der Arbeitsverträge kommt. Dafür müssen die Hochschulen frühzeitig entsprechende Maßnahmen einleiten.
- Das Land soll sich dafür einsetzen, dass das laufende Sommersemester den studentischen und wissenschaftlichen Beschäftigten rechtlich bindend nicht auf die Befristungsdauer im Sinne des HHG oder WissZeitVG angerechnet wird.
- Es müssen technische Möglichkeiten geschaffen werden, dass studentische Beschäftigte von Zuhause aus ihren Aufgaben nachkommen und Forschung und Lehre so auch in Krisenzeiten effektiv unterstützen können.
- Falls keine oder nicht ausreichende Aufgaben gefunden werden können, sind die Beschäftigten bezahlt freizustellen. Ein Aufbrauchen des Jahresurlaubs oder Aufbau von Minusstunden ist nicht zumutbar.
- Finanzierungsprobleme, die aus Drittmitteln oder auslaufenden Förderprogrammen resultieren, sollen nicht zu Lasten der studentischen Beschäftigten gehen.
- Die Erstellung von Online-Lehrmaterialien erfordert von Tutor*innen und studentisch Beschäftigten mehr Zeit als es in der Präsenzlehre üblich. Die Hochschulen müssen diesem Mehraufwand Rechnung tragen, indem weitere Tutor*innen eingestellt und/ oder die Stunden aufgestockt werden. Die studentisch Beschäftigten brauchen ebenfalls (digitale) Weiterbildungsangebote.
- Das Land Hessen muss die Hochschulen darauf hinweisen, dass Hilfskräfte mit der für ihre Arbeiten notwendigen Software versorgt sein müssen. Das betrifft zum Beispiel Statistik-Programme wie SPSS und MAXQDA, aber auch die gängigen Office-Anwendungen.

Stärkung der Mitbestimmung in allen Bereichen

Studentische Mitbestimmung trägt zur nachhaltigen Umsetzung und Legitimation von Entscheidungen bei und muss auch in Krisenzeiten praktiziert werden. Studierende und ihre Vertreter*innen tragen einen wesentlichen Teil dazu bei, die Folgen der Coronapandemie zu bewältigen. Nutzen sie die Chancen der Demokratie:

- Studierendenvertretungen müssen auch in der Pandemie weiterhin in die entsprechenden Entscheidungsgremien insbesondere den Krisenstäben an den Hochschulen eingebunden sein.
- Studierende sind in die Qualitätssicherung, die Gestaltung sowie das Feedback zu den digitalen Lehrveranstaltungen und Studiengänge einzubinden.
- Die Hochschulen müssen sich verpflichten, den Mitgliedern der Studierendenvertretung die Arbeitsmittel zur digitalen studentischen Selbstverwaltung zur Verfügung zu stellen.
- Alle Mitbestimmungsrechte sowie die demokratischen Rechte aller Statusgruppen innerhalb der akademischen Selbstverwaltung an den Hochschulen müssen erhalten bleiben. Ebenso dürfen die Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretungen, insbesondere der Personalräte, sowie der Gleichstellungs-, Diversitäts- und Schwerbehindertenbeauftragten nicht übergangen werden.
- Die digitale Umstellung der Lehre und des Hochschulalltags darf nicht zur Aussetzung demokratischer Wahlgrundsätze und zu einer ad-hoc Umsetzung von Online-Wahlen führen. Durchdachte Entscheidungen der Hochschulgremien erfordern ein hohes Maß an Diskussion und Partizipation und können nicht allein durch Umlaufverfahren geregelt werden. Hier muss gewissenhaft mit Audio- und Videokonferenzen und -chats gearbeitet werden.

Solidarität mit den Beschäftigten unserer Hochschulen

- Die schnelle Umsetzung ausschließlich digitaler Lehre verursacht bei Lehrenden und der Verwaltung sehr viel Mehrarbeit. Diese Mehrarbeit muss anerkannt und materiell kompensiert werden. Ebenso sollte sich diese Arbeitsleistung in den kommenden Tarifaueinandersetzungen positiv für die Beschäftigten auswirken.
- Für Beschäftigte mit sehr hohem Lehrdeputat muss die Lehrverpflichtung als Kompensation für das kommende Wintersemester befristet reduziert werden. Ebenso sollten Zuschläge für Beschäftigte der Rechenzentren in Betracht gezogen werden.
- Befristete Arbeitsverträge von wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen müssen automatisch um 6 Monate verlängert werden. Wirken sie auf Drittmittelgeber ein, dass dies auch für

Angestellte in Forschungsprojekten gilt. Gehen sie selbst hier mit gutem Beispiel voran und ermöglichen sie die automatische Verlängerung in LOEWE-Projekten.

- Beschäftigte in Lehre und Verwaltung, die nicht alleinerziehend sind, aber Kinder im Kita- und Grundschulalter zu Hause betreuen müssen, bedürfen zusätzlicher Unterstützung und großzügiger Homeofficeregelungen. Falls ihre Anwesenheit aufgrund von Prüfungen zwingend ist, sollte das Land die Aufnahme ihrer Kinder in die Notbetreuung ermöglichen.
- Der Vorlesungszeitraum muss so verkürzt werden, dass alle Beschäftigten eine angemessene Vor- und Nachbereitungszeit ihrer Veranstaltung haben, um qualitativ hochwertige Online-Studienangebote zur Verfügung zu stellen.
- Beschäftigte verfügen nicht alle über die ausreichende Technik von zu Hause auf hohem Niveau zu arbeiten. Gewährleisten sie die Möglichkeit Endgeräte, Headsets, Kameras, etc. über die Hochschulen zu beziehen.
- Die Hochschulrechenzentren müssen mit mehr und unbefristetem Personal ausgestattet werden. Es müssen Dauerstellen für Digital-Fachkräfte an den Hochschulen geschaffen werden, die die Lehrenden und die Mitarbeiter*innen in Technik und Verwaltung unterstützen
- Lehrende müssen qualifiziert werden, eine gute digitale Lehre anzubieten und brauchen entsprechende, kostenfreie Fortbildungen.
- Auszeit vom Leistungsdruck - Solidarisch statt gestresst: Wir rufen zur solidarischen Kulanz zwischen Hochschulbeschäftigten und Studierenden auf. Diese muss mit strukturellen Entlastungen aller Seiten Hand in Hand gehen.

Unterstützung für Hochschulen und Studierende im Umgang mit der Corona-Pandemie

- Das Land Hessen muss in Zusammenarbeit mit den Hochschulen die Schließung der Einrichtungen dazu nutzen, die Hygienemaßnahmen in den Hochschulen so in Stand zu setzen, dass bei einer perspektivischen Wiederöffnung ausreichend Desinfektionsmittel in den Toiletten, aber auch zum Reinigen von Oberflächen in Seminarräumen, Büros, Teeküchen, usw. vorhanden ist und Informationsmaterial über den Infektionsschutz für Beschäftigte und Studierende in den Einrichtungen angebracht wird.
- Der Einsatz von Studierenden in der Bekämpfung der Pandemie muss angemessen anerkannt werden und darf keine Nachteile für den Studienverlauf mit sich bringen.

- Darüber hinaus sollten ehrenamtliche Tätigkeiten von Studierenden während der Krise als Studienleistungen, beispielsweise im AfK-Bereich oder als studienbegleitendes Praktikum, entsprechend der Lissabon-Konvention anrechenbar sein.
- Den Studierenden, die einen internationalen Studienabschnitt („Auslandssemester“) nicht angetreten oder abgebrochen haben, sollte ein schneller Zugang zu den (Online-) Lehrangeboten des Sommer-Nicht-Semesters 2020 ermöglicht werden. Für die verpflichtenden internationalen Studienabschnitte sind Nachholmöglichkeiten oder Ersatzleistungen zu gewährleisten.
- Wir wenden uns entschieden gegen Rassismus gegenüber vermeintlich nicht-deutschen Studierenden, die als angebliche „Seuchenträger*innen“ gesehen werden. Auch in Zeiten von Corona gilt: Unsere Hochschulen sind für alle da – kein Platz für Rassismus! Der Finanzierungsnachweis für ausländische Studierende muss ausgesetzt werden und die Aufenthaltstitel verlängert werden, ohne Anrechnung des Wintersemesters 19/20 sowie des Sommersemesters 2020.

Gemeinsames Positionspapier aller hessischen Studierendenvertretungen, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen, der vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Hessen und der DGB-Jugend Hessen-Thüringen

Justus-Liebig-Universität Gießen, Postfach 11 14 40, 35359 Gießen

AStA der JLU
Otto-Behagel-Str. 25 D
35394 Gießen

Vorab im Sitzungsordner

Allgemeiner Studierendenausschuss

Referat für Hochschulpolitik

Referent*innen: Julia Regele, Marvin
Fritsch, Arne Krause.

Jürgen-Dietz-Haus
Otto-Behagel-Straße 25 D
Telefon: 0641 99 14800
Fax: 0641 99-14799

E-Mail: oekologie@asta-giessen.de

Gießen, 18. Mai 2020

Bericht über Umlaufbeschluss

Titel: Kritischer Vortrag zur Postwachstumsökonomie - Ökologie - bis
15.05.Semester bis 22 Uhr, 18.05.

Laufzeit: 13. Mai 2020, 18:10 Uhr – 15.05.2020.

Teilnehmende: Patricia Ruhland, Justus Grebe, Michel Zörb, Emely Green, Julia Regele,
Frederik Peper, Sophie Müller, Marvin Fritsch, Henning Tauche, Lino Seiffert, Lena-
Johanna Schmidt, Habib Yasar, Younis Zobi, Arne Krause.

Davon mit „Ja“: alle, in Zahlen: 14.

Der Umlaufbeschluss wurde einstimmig bei 14 Teilnehmenden angenommen.

Umlaufbeschlusstext:

Liebe Mitreferentis,

wir bitten um zahlreiche Teilnahme an diesem Umlaufbeschluss (s. Antrag
im Anhang) bis zum 15.05. um als Ökologiereferat einen kritischen
Vortrag zur Postwachstumsökonomie mit 150 € Honorarleistung durchführen
zu können.

Vielen Dank im Voraus!

Liebe Grüße
Julia, Marvin & Arne

Antragstext:

Liebes Referent*innen,

hiermit beantragt das Referat für Ökologie ein Rahmenbudget von 150 €
als Honorar für Mathias Beschörner als Referenten um einen digitalen Le-
sevortrag mit anschließender Livediskussion zur kritischen Auseinander-
setzung mit der Postwachstumsökonomie am 26.05. um 18:15 Uhr durchzu-

führen. Der Vortrag soll zusammen mit der Gießener Ortsgruppe von Extinction Rebellion (XR) und der lokalen Greenpeace-Gruppe beworben werden.

Begründung: Der Ausbeutung der endlichen Rohstoffe des Planeten Erde sind natürliche Grenzen gesetzt. Das in den letzten Jahrhunderten verzeichnete wirtschaftliche Wachstum weltweit basiert in weiten Teilen auf einer kurzsichtigen Ignoranz gegenüber den langfristigen Konsequenzen für das Fortbestehen des Menschengeschlechts auf einer verbrannten Erde. Die planetaren Belastbarkeitsgrenzen wurden in den letzten Jahren nach einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnissen bereits überschritten (e.g. Artensterben u. Stickstoffkreisläufe) oder es zeichnen sich derartige wirtschafts-gesteuerte Grenzüberschreitungen ab (e.g. landwirtschaftliche Abholzung u. Klimakrise). Während in der Vergangenheit Pflaster für die Gefährdung einzelner Dimensionen durch technisch innovative Substitutionsmethoden gefunden worden sind (e.g. Ozonloch), mangelt es an einem Willen global-systematisch umzudenken und vermeintlich mangelt es auch an Ideen zur Überwindung eines systematisch-maroden Kapitalismus – frei nach Winston Churchill oft als „kleinstes aller möglichen Übel“ betrachtet. Letzterem kann eine Fülle an alternativen Wirtschaftsformen aus der Bibliothek des menschlichen Erfindungsreichtums entgegengehalten werden und es stellt sich die Frage, inwiefern das Bewusstsein und die vertiefte Kenntnis über die Alternativen gesamtgesellschaftlich ausgebaut werden müssen um den Action-Value-Gap im Interesse der Mitwelt zu überwinden.

Im Einklang mit unserem Satzungsauftrag ökologisch-politische Bildungsarbeit zu leisten, sehen wir es daher als unsere Aufgabe an, den Mitstudierenden umweltverträglichere Wirtschaftsformen aufzuzeigen. Die Postwachstumsökonomie ist eine derartige Alternative. Aus dieser Motivation heraus organisierten wir im Januar zusammen mit XR einen Vortrag zu eben jenem Thema mit einem der bundesweiten Vordenker Prof. Dr. Niko Paech als Referenten. Der Vortrag erfreute sich einer breiten Zuhörer*innenschaft und einem lebendigen Austausch im Anschluss an jenen. Bereits im Vorfeld fanden u.a. innerhalb des AStA kritische Diskussionen über den Gehalt der von Prof. Paech skizzierten Postwachstumsökonomie statt. Diese würden wir gerne mit einem weiteren Vortrag zur Postwachstumsökonomie aufnehmen, sodass wir dieses Mal mit Mathias Beschörner einen Kritiker der von Prof. Paech skizzierten Postwachstumsökonomie nach Gießen in unsere Wohnzimmer eingeladen haben. Der Teaser für den Vortrag sei im Folgenden wiedergegeben:

Die »Postwachstumsökonomie« kann weder die ökologische noch die soziale Frage lösen. Sie geht mit einem Abgrenzungsbedürfnis gegenüber den arbeitenden Klassen einher und ist anschlussfähig für die politische Rechte. Postwachstumstheoretiker*innen setzen auf ein neues Menschenbild, auf eine Ethik des Verzichts und sie tragen Forderungen an die Menschen heran, die zu einer Alltagsreligion geworden sind. Sie führen zu Schuldgefühlen und erwecken den Eindruck moralischer Überlegenheit. Wichtiger als die Kritik des Wachstumsprinzips wäre es allerdings, die ökologische Krise selbst in den Fokus der Kritik zu rücken und zu erörtern, was sie mit der Funktionsweise der kapitalistischen Gesellschaft zu tun hat.

Mathias Beschorner ist Historiker und freier Autor. Er lebt in Leipzig und referiert zu den Themen »Postwachstumsideologie« und »Polyamorie«. Gemeinsam mit Konstantin Nowotny und Jennifer Stevens arbeitet er an einem Sammelband zur romantischen Liebe, offenen Beziehungen und zu Polyamorie.

Im Anschluss an den aufgezeichneten Vortrag, wird es die Möglichkeit geben sich mit dem Referenten und weiteren Teilnehmenden über BigBlueButton oder eine alternative DSGVO-konforme Alternative über seine Kritik zu unterhalten.

Die Mitveranstalter, aus unterschiedlichen, teils sich überschneidenden Menschen bestehend, wurden eingeladen die Veranstaltung über ihre Kanäle und Netzwerke zu bewerben und an dem Vortrag teilzunehmen, da wir in Coronazeiten und einer resultierenden Fülle an angebotenen Webinaren über die erweiterte Reichweite eine größere Zuhörer*innenschaft zu erhalten hoffen.

Für Rückfragen und Anmerkungen stehen wir gerne jederzeit zur Verfügung!

Liebe Grüße
Julia, Marvin & Arne

Justus-Liebig-Universität Gießen, Postfach 11 14 40, 35359 Gießen

AStA der JLU
Otto-Behagel-Str. 25 D
35394 Gießen

Vorab im Sitzungsordner

Allgemeiner Studierendenausschuss

Referat für Hochschulpolitik

Referent: Arne Krause

Jürgen-Dietz-Haus
Otto-Behagel-Straße 25 D
Telefon: 0641 99 14800
Fax: 0641 99-14799

E-Mail: hopo@asta-giessen.de

Gießen, 9. Juni 2020

**Bericht über einen Umlaufbeschluss: „Demo-Unterstützung, Aufruf und PM
„Echte Hilfe für Studierende jetzt!““**

Laufzeit: 23:01 Uhr, 04. Juni 2020 – 05. Juni 2020, 23:59 Uhr.

Teilnehmer*innen: Henriette Fräderich (QFFR), Henning Tauche (Studentische Hilfskräfte Referat), Marvin Fritsch (UniGrün), Julia Regele, Sophie Müller, Younis Zobi (GUT), Lea Bruns, Lino Seiffert, Peer Pröve (SDS), Emely Green, Desiree Becker, Arne Krause.

Der Antrag wurde einstimmig unter Zustimmung aller Koalitionslisten bei 12 Stimmen angenommen.

Antragstext:

Sehr geehrte Mitreferentis,

der AStA möge beschließen die gemeinsame Demo der LAK Hessen, der DGB und der GEWstudis mit dem Titel „Echte Hilfe für Studierende jetzt!“ am 08.06. um 11 Uhr in Wiesbaden (Marktplatz) zu unterstützen und dazu über die Social-Media-Kanäle und Email-Verteiler aufzurufen.

Der AStA möge darüber hinaus mit hoher Dringlichkeit folgende Pressemitteilung als medienwirksamen Aufruf zur Demo im Inhalt, sodass redaktionelle Änderungen nachträglich vorgenommen werden können, beschließen:

Pressemitteilung der LAK Hessen: Solidarsemester: Echte Hilfe für Studierende jetzt!

Am 08. Juni rufen die hessischen Studierendenvertretungen und Gewerkschaften zu einer Demonstration vor dem Wiesbadener Landtag auf, um gegen unzureichende Soforthilfemaßnahmen für Studierende zu protestieren. Zeitgleich finden um 11 Uhr vor den Landesparlamenten und Wissenschaftsministerien in Hannover, Potsdam, Dresden, Mainz, Kiel, Erlangen, sowie vor dem Gebäude des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) in Bonn Kundgebungen statt. Die Botschaft ist klar: um eine Bildungskatastrophe zu verhindern, muss den vielen in

finanzielle Not geratenen Studierenden endlich geholfen werden.

Die Corona-Pandemie treffe auch die Studierenden besonders hart: "Der Protest soll den vielen hunderttausenden Studierenden eine Stimme geben, die ihre Jobs verloren haben und, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II oder Kurzarbeitergeld haben", erläutern Nathalie Schäfer von den GEWstudis und Laura Elmer, Sprecherin des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) der Philipps Universität Marburg. Nach aktuellen Umfrageergebnissen mussten sich 22 % der Studierenden bereits Geld von der Familie und Freund*innen leihen, um die Miete, Lebensmittel und neue Online-Lehre fähige Technik leisten zu können. Die beiden Studierendenvertreter*innen sind sicher, dass die "BAföG-Ministerin" Karliczek die Notlage verkenne, realitätsblind handle und so ei-nen Keil des sozialen Ausschlusses in unser Bildungssystem treibe.

Die Bundesbildungsministerin Karliczek äußerte sich vor einer Woche (30.04.2020) vermeintlich einsehend: "Wir dürfen nicht zulassen, dass die Corona-Pandemie Studierende in den Abbruch oder die Aufgabe ihres Studiums treibt.", woraufhin das sie eine Überbrückungshilfe bekannt gab. "Das Hilfspaket ist absolut unzureichend: Ein KfW-Kredit-Aufnahme mit hohen Zinsen ab nächstem Jahr drückt die Studierenden tiefer in die Miese und bereits jetzt haben Studierende ihr Studium abgebrochen." kritisieren Jerome Willemense vom AStA der Hochschule RheinMain und Luca Sal-vastano vom AStA der Technischen Hochschule Mittelhessen. Darüber hinaus wurde vom BMBF eine zusätzliche rückzahlungsfreie Zuschussmöglichkeit angekündigt. Da diese Stütze jedoch nur ausgezahlt werde, wenn die Studierenden weniger als 500 € auf dem Konto haben, befürchten die Studierendenvertreter*innen, dass die Maßnahmen des BMBF zu viele Studierende durch das Raster fallen lassen wird.

Nach einem Ausweg aus der Bildungskrise gefragt äußern sich Kyra Benninger vom AStA der Goethe-Universität Frankfurt am Main und Arne Krause vom AStA der Justus-Liebig-Universität Gießen: "Das Land Hessen und der Bund müssen jetzt nachrüsten und in einem gemeinsamen Programm echte Hilfe für Studierende einrichten! Wir fordern einen höheren Zuschuss für mehr Studierende, der die tatsächlichen Lebensunterhaltungskosten abbildet. 500 € sind zu wenig zum Überleben." Darüber hinaus müsse langfristig die Studienfinanzierung radikal umgedacht werden und das BAFöG zu einem Vollzuschuss ausgebaut werden. "Unser Wissenschaftsstandort und die studentischen zukünftigen Krisenmanger*innen müssen nachhaltig abgesichert werden!".

Begründung: Ergibt sich aus der Pressemitteilung.

Sonstiges: Es fallen keine finanziellen Kosten an („Der Antrag ist nicht finanzwirksam.“).

Vielen Dank im Voraus!

Liebe Grüße
Arne

Angehängte PM:

Pressemitteilung der LAK Hessen: **Solidarsemester: Echte Hilfe für Studierende jetzt!**

Am 08. Juni rufen die hessischen Studierendenvertretungen und Gewerkschaften zu einer Demonstration vor dem Wiesbadener Landtag auf, um gegen unzureichende Soforthilfemaßnahmen für Studierende zu protestieren. Zeitgleich finden um 11 Uhr vor den Landesparlamenten und Wissenschaftsministerien in Hannover, Potsdam, Dresden, Mainz, Kiel, Erlangen, sowie vor dem Gebäude des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) in Bonn Kundgebungen statt. Die Botschaft ist klar: um eine Bildungskatastrophe zu verhindern, muss den vielen in finanzielle Not geratenen Studierenden endlich geholfen werden.

Die Corona-Pandemie treffe auch die Studierenden besonders hart: "Der Protest soll den vielen hunderttausenden Studierenden eine Stimme geben, die ihre Jobs verloren haben und, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II oder Kurzarbeitergeld haben", erläutern Nathalie Schäfer von den GEWstudis und Laura Elmer, Sprecherin des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) der Philipps Universität Marburg. Nach aktuellen Umfrageergebnissen mussten sich 22 % der Studierenden bereits Geld von der Familie und Freund*innen leihen, um die Miete, Lebensmittel und neue Online-Lehre fähige Technik leisten zu können. Die beiden Studierendenvertreter*innen sind sicher, dass die "BAföG-Ministerin" Karliczek die Notlage verkenne, realitätsblind handle und so einen Keil des sozialen Ausschlusses in unser Bildungssystem treibe.

Die Bundesbildungsministerin Karliczek äußerte sich vor einer Woche (30.04.2020) vermeintlich einsehend: "Wir dürfen nicht zulassen, dass die Corona-Pandemie Studierende in den Abbruch oder die Aufgabe ihres Studiums treibt.", woraufhin das sie eine Überbrückungshilfe bekannt gab. "Das Hilfspaket ist absolut unzureichend: Ein KfW-Kredit-Aufnahme mit hohen Zinsen ab nächstem Jahr drückt die Studierenden tiefer in die Miese und bereits jetzt haben Studierende ihr Studium abgebrochen." kritisieren Jerome Willemense vom AStA der Hochschule RheinMain und Luca Salvastano vom AStA der Technischen Hochschule Mittelhessen. Darüber hinaus wurde vom BMBF eine zusätzliche rückzahlungsfreie Zuschussmöglichkeit angekündigt. Da diese Stütze jedoch nur ausgezahlt werde, wenn die Studierenden weniger als 500 € auf dem Konto haben, befürchteten die Studierendenvertreter*innen, dass die Maßnahmen des BMBF zu viele Studierende durch das Raster fallen lassen wird.

Nach einem Ausweg aus der Bildungskrise gefragt äußern sich Kyra Benninger vom AStA der Goethe-Universität Frankfurt am Main und Arne Krause vom AStA der Justus-Liebig-Universität Gießen: "Das Land Hessen und der Bund müssen jetzt nachrüsten und in einem gemeinsamen Programm echte Hilfe für Studierende einrichten! Wir fordern einen höheren Zuschuss für mehr Studierende, der die tatsächlichen Lebensunterhaltungskosten abbildet. 500 € sind zu wenig zum Überleben." Darüber hinaus müsse langfristig die Studienfinanzierung radikal umgedacht werden und das BAFöG zu einem Vollzuschuss ausgebaut werden. "Unser Wissenschaftsstandort und die studentischen zukünftigen Krisenmanager*innen müssen nachhaltig abgesichert werden!".

Justus-Liebig-Universität Gießen, Postfach 11 14 40, 35359 Gießen

AStA der JLU
z. Hd. das Koordinationsreferat
Otto-Behagel-Straße 25 D
35394 Gießen

Per AStA-Sitzungsordner bereitgestellt.

Allgemeiner Studierendenausschuss

Referate für HoPo, WoSo, SHK

Referent*innen: Julia Regele, Marvin
Fritsch & Arne Krause

Jürgen-Dietz-Haus
Otto-Behagel-Straße 25 D
Telefon: 0641 99 14800
Fax: 0641 99-14799

E-Mail: hopo@asta-giessen.de

Gießen, 24. Juni 2020

Bericht über Umlaufbeschluss: Übernahme der Reisekosten für 20.06. Berlin-Demo zur Studifinanzierung - Laufzeit bis 20.06., 14 Uhr.

Laufzeit: 15:09 Uhr vom 18.06.2020 bis zum 20.06., 14 Uhr.

Antragssteller: Arne Krause.

Teilnehmer*innen: Desiree Becker, Henriette Fräderich, Justus Grebe, Lena-Johanna Schmidt, Henning Tauche, Marvin Fritsch, Habib Yasar, Peer Prüve, Younis Zobi, Arne Krause, Sophie Müller.

Abstimmungsergebnis: Der Umlaufbeschluss wurde unter Teilnahme aller Koalitionslisten und insgesamt 11 Teilnehmer*innen einstimmig angenommen.

Antragstext inkl. Begründung: Sehr geehrte Mitreferentis,

hiermit beantragen wir ein Rahmenbudget von 500 € um vier Amtsträger*innen unserer Studierendenschaft (Younis, Habib, Henning und Sebastian) die anfallenden Kosten für die An-/Abreise und Übernachtung zur Demonstration „Studihilfejetzt“ am 20.06. in Berlin erstatten zu können, wobei sich die aufgeschlüsselten Ausgaben an der Vorkalkulation in Anlage 1 orientieren sollen.

Begründung:

Demonstrationsanlass

Die Corona-Pandemie hat die Studierenden in den letzten drei Monaten unverschuldet in eine Notlage gebracht. Auf der finanziellen Seite ergaben Umfragen, dass bis zu 40 % der Studierenden ihren Nebenjob verloren haben. Der studentische Solifonds in Gießen gab in den letzten 3 Wochen über 10.000 € als zinsfreies Darlehen und oder Zuschuss an Studierende auf Antrag heraus. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr einer um knapp 400 % gestiegenen Unterstützungsnachfrage für den gleichen Zeitraum. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat zu spät und in Darlehenslösungen mit massiven Zinsen, sowie einem kleinen „Unterstützungsfonds“ bisher unzureichend reagiert. Nach diversen Pressemitteilungen, Briefen, Petitionsaufrufen und regionalen Demonstrationen aus den bundesweiten Studierendenschaften heraus, wollen wir zusammen mit einem breiten Bündnis aus dem fzs e.V., den Gewerkschaften, Landes-ASten-Konferenzen und lokalen Studierendenvertretungen den Unmut und unsere Forderungen geschlossen in Berlin am 20.06. auf die Straße und vor den Hauptsitz des BMBF bringen. Wir fordern u.a.: Zuschüsse, die

Finanzierungsbedarf

Stellvertretend für die aktuell 25.415 Studierenden an unserer Justus-Liebig-Universität Gießen würden die Amtsträger*innen Ellen Beck, Henning Tauche, Younis Zobi, Habib Yasar und Sebastian Fritsch an der Demonstration teilnehmen wollen (nach §77 Abs. 2 (1, 2) Hessisches Hochschulgesetz (im Folgenden HHG)).

Ellen wird für die Landes-ASten-Konferenz Hessen zusammen mit der AStA-Vorständin Laura Elmer aus Marburg auf der Demo einen Redebeitrag, der von uns aufgezeichnet wird, liefern, während die anderen Amtsträger*innen den Protest aktiv demonstrierend begleiten werden. Darüber hinaus wird die Zusammenkunft im Rahmen der mit Corona-Hygniemaßnahmen kompatiblen Möglichkeiten über den Austausch mit weiteren Studierenden der Pflege überregionaler Studierendenbeziehungen dienen (nach §77 Abs. 2 (3) HHG).

Dabei fallen teilweise Kosten für die An-/Abreise und Übernachtung in Berlin an (s. Anlage 1). Für Henning, Younis, Habib, und Sebastian besteht ein Finanzierungsbedarf über unseren AStA, der anteilig nach Anlage 1 über die Referate Hochschulpolitik (übernimmt für Sebastian), Wohnen und Soziales (für Younis und Habib) und Studentische Hilfskräfte (für Henning) gestemmt werden soll.

Ellen wird die Kosten für die An-/Abreise, sowie Übernachtung über ihre Mitgliedschaft im Campusgrün-Bundesvorstand stemmen, da sie weitere Termine in Berlin für Campusgrün über einen größeren Zeitraum wahrnehmen wird. Hierbei ist ein Interessenskonflikt im Demo-Redebeitrag auszuschließen. Ellen wird sich im Redebeitrag der Amtsneutralität verpflichtet zeigen.

An Fahrtkosten werden für die vier restlichen Amtsträger*innen knapp 405 € veranschlagt (Posten 1. Anlage 1):

- Henning wird am 20.06. für insgesamt ca. 65 € mit dem Zug anreisen und am gleichen Tag über den Zugfernverkehr abreisen (s. Posten 1.1. Anlage 1).
- Sebastian, Habib und Younis werden mit einem Kraftfahrzeug an- und abreisen. Dabei ist die Inanspruchnahme eines Mietwagens angedacht. Um die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen und die Umweltkosten zu reduzieren werden die drei Amtsträger*innen weitere Studierendenvertreter*innen aus Hessen in dem geliehenen Auto mitnehmen (Laura aus Marburg, Alexji aus Fulda, und Arne aus Gießen für den Campusgrün Bundesvorstand). Die Mitfahrgelegenheit wird den externen Mitfahrer*innen in Rücksprache anteilig in Rechnung gestellt. Für die Fahrtkostenerstattung und Mitnahmeentschädigung für unsere drei Amtsträger*innen ist nach unserer Reisekostenordnung (im Folgenden: ReiseKO) eine Wegstrecke von ca. 1000 km veranschlagt, sodass für Sebastian als Fahrer (§5 (2) ReiseKO) mit 220 € und für Younis und Habib als zwei Mitfahrer*innen (§6 (1) ReiseKO) mit 120 € an Ausgaben gerechnet wird (s. Posten 1.2. & 1.3. Anlage 1). Dadurch, dass der Mietwagen pauschal abgerechnet wird, könnten die Kosten der Posten 1.2. und 1.3. der Anlage 1 niedriger ausfallen als hier veranschlagt.

An Übernachtungsgeld nach §8 ReiskO werden insgesamt 60 € beansprucht (Posten 2. Anlage 1). Dies setzt sich aus den Kosten für drei Betten in einem Berliner Hostel (vorr. A&O Hostel mit ca. 20 € pro Person & Nacht) zusammen. Dort würden Younis, Habib und Sebastian in der Nacht vom 19.06. auf den 20.06. übernachten. Die Übernachtungsmöglichkeit ermöglicht den drei Amtsträger*innen am Vortrag der Demo die eventuelle Vorbereitung von Plakaten und Bannern zusammen mit weiteren Studierenden des bundesweiten Bündnisses, sowie die Kraftfahrzeugsreise konzentrationsintensiver sein kann und die Belastung durch An-/Abreise und Demonstration an einem Tag eine Vermeidbare wäre.

Unter dem Posten 3. der Anlage 1 „Sonstiges“ für den Fall nicht vorhergesehener Mehrkosten 35 € als Puffer einkalkuliert. Nach aktuellem Preisangebot der Mietwagenleihunternehmen und Hosteltreibenden wird dieser Posten vorr. nicht ausgeschöpft (s.a. Schlussbemerkung oben zu Posten 1.2. & 1.3. Anlage 1).

Schlussendlich werden aus genannten Gründen vorr. lediglich 300 € aus dem Rahmenbudget abgeschöpft werden.

Für Rückfragen und Anregungen stehen wir euch gerne offen. Vielen Dank im Voraus!

Liebe Grüße

Henning, Sebastian, Younis, Habib, Ellen und Arne

Anlage 1: Aufgeschlüsselte Vorkalkulation des Rahmenbudgets.

Posten	Ausgaben	Person(-en)	Betrag/Person [€]	Summe [€]	Kostentragendes Referat
1.	An-/Abreise	Henning, Sebastian, Younis, Habib	-	405	SHK, HoPo, WoSo
1.1.	Zugverbindung nach Reisk §5 (1)	Henning	65	65	SHK
1.2.	KFZ-Fahrtkosten nach ReiskO §5 (2)	Sebastian	220	220	HoPo
1.3.	Mitnahmentschädigung nach ReiskO §6 (1)	Younis, Habib	60	120	WoSo
2.	Übernachtung vom 19.06. auf 20.06	Sebastian, Younis, Habib	-	60	HoPo, WoSo
2.1.	Hostel	Sebastian, Younis, Habib	20	60	HoPo, WoSo
3.	Sonstiges	-	-	35	HoPo
3.1.	Puffer für einen Mietwagen	-	-	35	HoPo
	Gesamt	Henning, Sebastian, Younis, Habib	-	500	SHK, HoPo, WoSo

Justus-Liebig-Universität Gießen, Postfach 11 14 40, 35359 Gießen

Allgemeiner Studierendenausschuss
Otto-Behagel-Straße 24 D
35394 Gießen

Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA)

Referate für Finanzen & Personal

Jürgen-Dietz-Haus
Otto-Behagel-Straße 25 D
Telefon: 0194 5060500
Fax: 0641 99-14799

E-Mail: finanzen@asta-giessen.de;
lea.bruns@asta-giessen.de

Gießen, 13. Juli 2020

Bericht: Umlaufbeschluss zur „Freibadflaterate aussetzen?“

Antragsstellerin: Lea Bruns, Desiree Becker, Arne Krause.

Laufzeit: Sa, 04.07.20, 17:43 Uhr bis Mo, 06.07.20, 12:00 Uhr

Teilnehmende: Henriette Fräderich, Frederik Peper, Julia Regele, Lino Seiffert, Sophie Müller, Justus Grebe, Henning Tauche, Younis Zobi, Lena-Johanna Schmidt, Fabian Mirold-Stroh.

Anzahl der Teilnehmenden: 10.

Ergebnis: Der Antrag wurde mit 10 nicht behandelt, da das erforderliche Quorum von 11 Teilnehmenden nicht erfüllt wurde.

Antragstext: Siehe nächste Seite

Umlaufbeschluss: Freibadflaterate aussetzen?

Moini Mitreferent*innen,

der AStA möge beschließen die „Vereinbarung zwischen den Stadtwerken Gießen und dem AStA der JLU – Freibadnutzung“ vom 26.11.2015 zur Nutzung der Gießener Freibäder dieses Sommersemester temporär vollständig auszusetzen und die freiwerdenden Finanzmittel in den Solifond e.V. zu überführen.

Begründung: Die monetäre Unterstützung der unschuldig in Not geratenen Studierenden ist abzuwägen gegenüber den verminderten Leistungszahlen der Gießener Freibäder im Sommer 2020.

Durch die Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer zweiten Corona-Pandemie-Welle können die Freibäder in der Badesaison 2020 die vollen Badespaßkapazitäten nicht auffahren. Die Auslastung darf zu Spitzenzeiten maximal 1/10 der in den letzten Jahren gewöhnlichen Besucher*innenzahlen aufweisen. Die verbleibenden Badeplätze (max. 500/Tag) werden über ein elektronisches Ticketsystem verteilt, wobei ein Zielkonflikt zwischen Dauerkartenbesitzer*innen und uns Studierenden besteht, die beide um 30 % – 50 % der verbleibenden Badeplätze konkurrieren. Da die Nachfrage höher als das verfügbare Kontingent antizipiert wird, werden nicht alle Studierenden in den Genuss des feuchten Nass kommen können, die ansonsten sich hätten auf dem Nacken des Semesterbeitrags (urspr. 2 € für Freibäder im SoSe) vergnügen können.

Dem gegenüber stehen weiterhin hohe Fallzahlen im Solifonds. Hierbei waren und sind akut Studierende betroffen, die ihre existentiellen Bedürfnisse, wie der Rückzahlung der Miete nach Stundung in den letzten Monaten aufgrund eines weggebrochenen Nebenjobs, prekär bis sehr schwierig decken können. Als Studierendenschaft haben wir dem Solifonds bereits eine Bezuschussung in Höhe von ca. 20.000 € aus der kurzfristig ausgesetzten Freibadflaterate überführt, die Fortführung dieses Querfinanzierungsmodells ist hiermit geplant. Sollte der Solifonds durch weitere 30.000 € ein Budget aufbauen, dass über den Unterstützungsbedarf hinaus geht, ist eine Rücklagenbildung des Vereins nicht vorgesehen, stattdessen soll der AStA den Haushalt des Wirtschaftsjahres 20/21 derart gestalten, dass sich der Überschuss aus diesem Jahr mindernd auf die im Haushalt eingeplante Bezuschussung des Solifonds durch Verrechnung auswirkt.

Angesichts der einmaligen Krisensituation ist die Umschichtung des Semesterbeitrags ein Gebot des solidarischen Miteinanders. Die Studierenden mit einem Faible für den kühlenden Tauchgang können weiterhin ein ermäßigtes Zehnterticket (1,60 €/Eintritt) erwerben. Wir Studierenden können einander unabhängig vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gegenseitig supporten.

Ergänzung: In den letzten Tagen wurde in Gesprächen hinter dem UHG und auf dem Phil1-Campus mit nicht AStA-Studierenden ein wenig Enttäuschung über eine eventuelle Aussetzung geäußert. Alternativ schlagen wir in Finanzen deshalb vor, den Haushalt nochmal umzustellen, wobei wir 10.000 € aus den Referatsbudgets nehmen müssten um den Solifonds in ähnlicher Höhe finanzieren zu können, während wir die Freibadflaterate am Laufen halten können. Falls Ihr für diesen Weg der Solidarität seid, bietet sich eine Nein-Stimme an.

Liebe Grüße

Lea Bruns, Desiree Becker & Arne Krause

Justus-Liebig-Universität Gießen, Postfach 11 14 40, 35359 Gießen

AStA der JLU
Otto-Behagel-Str. 25 D
35394 Gießen

Vorab im Sitzungsordner

Allgemeiner Studierendenausschuss

Referat für Ökologie

Referent: Max McHammergeil

Jürgen-Dietz-Haus
Otto-Behagel-Straße 25 D
Telefon: 0641 99 14800
Fax: 0641 99-14799

E-Mail: oekologie@asta-giessen.de

Gießen, 8. Juli 2020

Bericht über Umlaufbeschluss

Titel: Umlaufbeschluss mit hoher Dringlichkeit: Pressemitteilung mit
Stellungnahme

Laufzeit: 22:12 Uhr am 23.04.2020 – 00:13 Uhr am 24.04.2020.

Teilnehmende: Sophie Müller, Patrica Ruhland, Younis Zobi, Lea Bruns, Habib Yasar,
Lena-Johanna Schmidt, Justus Grebe, Michel Zörb, Julia Regele, Peer Pröve, Arne Krause.
Davon mit „Ja“: alle, in Zahlen: 11.

Der Umlaufbeschluss mit hoher Dringlichkeit wurde einstimmig bei 11 Teilnehmenden
nach 2:01 h angenommen.

Antragstext:

Liebe Co-Referent*innen,

hiermit beantragen wird die Veröffentlichung folgender Stellungnahme als
Pressemitteilung und Social-Media Post des AStA zur gestrigen Situation um den
Nothilfefonds des Landes. Wir warten aktuell noch auf Rückmeldung vom AStA der
THM, der diese Stellungnahme hoffentlich zusammen mit uns veröffentlicht wird. Ist
dies nicht der Fall, werden wir die Stellungnahme alleine veröffentlichen und im
Anschluss die anderen hessischen ASten bitten, sich anzuschließen.

Wir stellen diesen Umlaufbeschluss gemäß §7 (7) unserer Geschäftsordnung mit
reduzierter Laufzeit (mind. 2 Stunden). Der Umlaufbeschluss ist also ab jetzt in
frühestens zwei Stunden gültig, soweit sich mind. 11 Referent*innen und jede Liste
beteiligt hat.

Zur Begründung:

Die katastrophale Gestaltung dieser Nothilfe-Maßnahme sorgt unter den Studierenden
berechtigterweise für Empören. Das sollten wir unmittelbar aufgreifen und uns
positionieren.

Zur Begründung der Dringlichkeit

Die Stellungnahme sollte so schnell wie möglich veröffentlicht werden, da wir uns positionieren sollten, solange das Thema noch aktuell ist. Außerdem ist es wichtig, dass wir als AStA regelmäßig Druck machen.

Ihr nehmt an diesem Umlaufbeschluss teil, indem ihr auf diese Mail mit "ja", "nein" oder Enthaltung antwortet (bitte achtet darauf, dass ihr nur dem Absender und nicht allen antwortet).

Wir bitten das Referat für Layout und Design, ein Sharepic anzufertigen und das Öffentlichkeitsreferat um zeitnahe Veröffentlichung. Besten Dank dafür!

Liebe Grüße und bleibt gesund,
Arne und Peer (und Luca für die THM <3)

An die Medien, Studierende, Professor*innen und
Regierungsverantwortliche
in Gießen, Hessen und Bundesbildungs- und Forschungsministerium

Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA)

Jürgen-Dietz-Haus
Otto-Behagel-Straße 25 D
Telefon: 0194 5060500
Fax: 0641 99-14799

E-Mail: koordination@asta-giessen.de

Gießen, 23. April 2020

Zweieinhalb Stunden Glücksspiel: Gießener Studierendenvertretung[en] kritisiert Corona-Nothilfe Maßnahme des Landes Hessens

Erfreulicherweise wurde vergangenes Wochenende endlich, nach Wochen des Ausnahmezustands, angekündigt, dass das Land Hessen "Schnelle Hilfe für in Not geratene Studierende" bereitstellen will. Das war eine unfassbar wichtige Nachricht, hat die Corona-Krise doch unzählige Arbeitsplätze von Studierenden, so etwa in der Gastronomie oder im Messewesen, wegfallen lassen und sie vor enorme finanzielle Schwierigkeiten gestellt.

Der [vor]gestern (Mittwoch, 22. April) gestartete Nothilfe-Fonds war allerdings nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Innerhalb von 2,5 Stunden waren die Mittel erschöpft. Die für die Verteilung zuständigen Studententwerke (sic!) hatten im vorhinein keinen konkreten Zeitpunkt veröffentlicht, ab wann die Antragstellung möglich sein würde, welche Bedingungen bestünden und welche Unterlagen eingereicht werden müssten. Wie die Auswahl gestaltet wird, ist weiterhin nicht öffentlich nachvollziehbar. Dieses Vorgehen ist eine Bankrotterklärung und gleicht einem Glücksspiel. Berechtigterweise protestierten zahlreiche Studierende u.a. in den sozialen Netzwerken.

Doch diese katastrophale Gestaltung des Vergabeverfahrens darf nicht über das eigentliche Problem hinwegtäuschen: die mangelhafte Summe der bereitgestellten Mittel. Selbst der am besten konzipierte Mechanismus wird nicht in der Lage sein, zu wenig Geld fair zu verteilen. In Hessen sind etwa 80.000 Studierende von den insgesamt ca. 260.000 Studierenden auf ihren Nebenjob angewiesen, um ihre Miete und den nicht zuletzt auch den in diesen Zeiten für ein digitales Studium unbedingt notwendigen Internetvertrag zahlen zu können.[1]

Die bereitgestellten 250.000€ plus der spontanen Aufstockung um 145.000€ aus der Kasse der Studentenwerke (sic!) reichen bei einer Auszahlung von 200€ pro Antragsteller*in nicht ein Mal für jede*n 40. der potentiell 80.000 Studierenden, die unverschuldet in finanzielle Nöte geraten sind und auf Zuschüsse angewiesen sind. Insgesamt konnten nur 1.975 Studierende gefördert werden. Der realitätsferne Zuschuss von 200€ reicht zusätzlich bei weitem nicht aus. In vielen Fällen entspricht dies gerade einer halben Monatsmiete und ersetzt nicht einmal die Hälfte eines 450€ Jobs.

Die hessische Landesregierung aus CDU und Grünen spielt in dieser Situation die Verantwortung an den Bund weiter. Dort verhindert Bundesbildungsministerin Karliczek nachhaltige Maßnahmen und will mit vollständig rückzahlungspflichtigen Darlehen die massenhafte Verschuldung unzähliger Studierender weiter voran treiben. Dringend notwendige umfangreiche Maßnahmen, wie einen Vollzuschuss für alle Studierenden, lassen allerdings weiter auf sich warten. Während für die Wirtschaft in kürzester Zeit 750 Milliarden Euro bereitgestellt wurden [2], müssen Studierende in ihrer misslichen Situation ausharren. Besonders bedenklich ist diese Lage hinsichtlich der Tatsache, dass 2019 fast 1 Mrd. Euro BAföG-Mittel nicht abgerufen wurden und verfügbar wären. [3] Wie dringend ein sofortiger und ausreichender finanzieller Rettungsschirm für Studierende ist, zeigen die Anfragen von Studierenden beim aus den Studierendengeldern finanzierten "Solifonds Gießen", die um ca. 120% gestiegen sind. Es kann ist ein untragbarer Zustand, dass die Studierendenschaft selbst diese Last schultern muss!

Wir unterstützen die Studierenden als unmittelbar Betroffene und fordern alle weiteren Akteur*innen, wie das Studentenwerk (sic!) und die Hochschulen auf, jetzt den Druck auf das BMBF massiv zu verstärken: Für einen wirklich wirksamen Krisenzuschuss, der den Studierende zu Gute kommt! Gemeinsam müssen wir den Verantwortlichen klarmachen, dass dieses Sommersemester für die vielen prekarierten Menschen im Hochschulwesen zu einem Katastrophensemester zu werden droht.

Doch die fehlende finanzielle Unterstützung ist nicht das einzige Problem in diesem Ausnahmesemester. In der ersten Semesterwoche hat sich bereits gezeigt, dass die Infrastruktur dringend gestärkt werden muss:

Die Server der für die gerade in diesen Zeiten unabdingbare wichtigen Systeme der Lehre der JLU wie StudIP und Ilias waren direkt am ersten Tag überlastet. Die massenhaft digital bereitgestellten Materialien und Aufzeichnungen werden vermutlich die Datenbegrenzung des Internets der Wohnheimbewohner*innen sprengen. Viele Lehrende, aber auch Studierende, sind mit den Anforderungen einer komplett online stattfindenden Lehre überfordert.

Wir verweisen an dieser Stelle erneut auf die bereits Anfang April vom AStA der JLU veröffentlichte Stellungnahme und Forderungen zur Corona-Krise.[4] Studierende, die unschuldig in finanzielle Not geraten sind, können weiterhin beim von der Studierendenschaft finanzierten "Solifonds" eine Unterstützung beantragen. [5]

Quellen

- [1]https://www.studentenwerke.de/sites/default/files/se21_zusammenfassung_hauptbericht.pdf
- [2]<https://www.handwerksblatt.de/themen-specials/lassen-sie-sich-nicht-anstecken/corona-krise-156-milliarden-euro-fuer-die-wirtschaft>
- [3] <https://www.bafoeg-rechner.de/Hintergrund/art-2353-soforthilfe-als-darlehen.php>
- [4]<https://www.asta-giessen.de/stellungnahme-und-forderungen-des-asta-der-jlu-zur-aktuellen-corona-krise/>
- [5] <https://solifonds-giessen.de>